

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neus Gravenstr. 2/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Bestellungsbedingungen: Bestellen für die erste Hälfte des Monats über dem Namen 20 Pf. Kundenzettel 40 Pf. Zweifelhafte unter 10 Pf. Lieferant für Werbemittel 15 Pf. Anzeigen 25 Pf. Bestellen, Bestimmung, Anzeigen 15 Pf. Bestellen, Bestimmung, Anzeigen 15 Pf. Lieferant für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 70.

Breslau, Dienstag, den 24. März 1914.

25. Jahrgang.

Wer verübt Bubenstreiche?

Die Ordnungspresse ist bescheiden geworden. Unsere rote Woche konnte sie nicht verhindern, ebenso wenig kann sie deren Erfolge für die Partei jetzt aus der Welt schaffen. Dafür begnügt sie sich nun damit, daß sie ihren Born und ihre stillische Entrüstung an jener „roten Woche“ ausläßt, die ein unbekannter Pinsel an das Kaiserdenkmal in Charlottenburg gemalt hat. Hierbei konnten sich einige honeste bürgerliche Mütter gar nicht genug tun — mit vielem Lärm fordern sie die strenge Ahndung des „Bubenstreiches“.

Daß die Berliner Parteiorganisation in ihrer öffentlichen Bekanntmachung darauf hingewiesen hat, es könnten sehr wohl ganz andere Leute den Streich verübt haben, um der sozialdemokratischen Partei zu schaden, bringt die Ordnungspresse aufs neue aus dem Häuschen. Sie stellt sich an, als ob nur sozialdemokratische Arbeiter solcher „Schandtat“ fähig wären. Die bürgerliche Presse könnte doch wissen, daß sie selbst gelegentlich das Treiben von Studenten verurteilen mußte, deren „gute Erziehung“ sich oftmals weit drastischer äußert, als in dem bloßen Bemalen eines Denkmals. Wir wollen ihr einige solcher Fälle ins Gedächtnis zurückrufen, vielleicht sieht sie dann ein, wie töricht ihr großer Rabau wegen der Charlottenburger Denkmalschmiererei ist.

Nr. 1.

In Freudenstadt (Schwarzwald) trübten in der Nacht vom 15. zum 16. Juni 1913 einige Studenten aus Freiburg, Angehörige des Corps Suevia, ihr Unwesen. Zuerst führten sie eine Kundgebung, warfen dann in den Gartränken stinkende Eimer und zum Teil die Wäsche hinab. In der Schürstanzsaal auf dem Marktplatz zerstückten sie die Glasgläser der Lampe. Passanten wurden angegriffen, einen älteren angehenden Bürger der Gut eingeklemmt und einem Schutzmann ein Zahn ausgeschlagen. (Aus dem „Grenzler“ in Freudenstadt.)

Nr. 2.

In Halle a. S. feierten Studenten das Regierungsjubiläum Wilhelm II. auf eigene Art. Der Zoologiestudent Otto Bröcher hatte auf der Straße handelt und mit seinem Stock das Marmorrelief eines Doggen zertrümmert. Sühne: 15 Mark Geldstrafe. Ein paar andere Studierende in hellblauen Kneipläden verunreinigten den Bürgersteig in schamloser Weise und wurden dafür am Tage nach dem Regierungsjubiläum von der „Saalezeitung“ gerügt. Von einer Verurteilung für ihre Entstellung oder von einer Bestrafung hat man nichts gehört.

Nr. 3.

In Marburg demonstrieren Anfang Februar 1913 einige hundert Studenten des Nachts auf dem Marktplatz gegen die Beschränkung der Feierabendstunde. Die Polizei war machtlos. Die verhafteten Studenten wurden von ihren Kommilitonen immer wieder befreit. Ein Polizeibeamter wurde mißhandelt, sämtliche Fenster der Polizeiwache wurden mit Pfeffersäure eingeworfen. Es richtete die „Hessische Landeszeitung“. Was diesen Studenten, die für ihre Ideale — das uneingeschränkte Saufen — demonstrieren, geschehen sein mag, ist nicht bekannt geworden.

Nr. 4.

In Münster in Westfalen zertrümmerte in der Nacht zum 29. Juli 1912 der Student Feldhaus alle Schaufenster, deren er auf dem Heimwege von einer Bierreise habhaft werden konnte. Auf seinem ganzen Wege von der Neubrückenstraße über die Wogenstraße nach dem Spielhof war fast keine Scheibe ganz geblieben. Der verursachte Schaden belief sich auf 2461 Mark. Feldhaus wurde bei seinen Gelbentaten ertwischt und erhielt drei Wochen Haft. So berichtet die „Tremontia“ in Dortmund.

Nr. 5.

Aus der Universitätsstadt Göttingen berichtet die „Braunschweiger Landeszeitung“ im November 1913: „Die Zerstückelung der jüngeren Studierenden kennt schon keine Grenzen mehr. Nichts ist vor ihnen mehr sicher. Ein vom Verschönerungsverein erst unlängst aufgestellter monumentaler holländischer Trinkbrunnen ist schon wieder völlig zertrümmert worden. In einer der letzten Nächte ist eine ganze Gartenmauer eingestürzt worden und die Sandsteinverkleidungen sind verschleppt worden. Das Tollste haben sich Corpsstudenten geleistet, indem sie die zur Feuerwehrausfahrt führende Feuerleiter mit ausgehobenen Fensterflügeln und Stühlen behängt haben, wodurch die Feuerleiterleitung Stundenlang gestört war. Am anderen Morgen garteten die im Halbdunkel zur Zentralschule gehenden Schüler in die Gefahr, von irgend einem der von einem Windstoß herabgewehten Gegenstände erschlagen zu werden.“

Aber das sind ja alles Kleinigkeiten gegen die „rote Woche“ — wenigstens wenn sie von Sozialdemokraten angezettelt wäre.

Band und Brandt.

Zwei Namen sind in den letzten Tagen aus dem Dunkel der großen Masse aufgetaucht: Band und Brandt. Der erste, seines Zeichens preussischer Amtsrichter und konservativer Dreiklassenmann, hat von sich reden gemacht, indem er sich in einer Berliner Vereinsversammlung in so

heftiger Weise gegen das Reichstagswahlrecht äußerte, daß im ersten Schreck selbst die „Deutsche Tageszeitung“ von dem Aufwüchsern bedächtig abtrat. Der zweite, Syndikus der scharfmacherischen Handelskammer, hat auf dem Handelsstag gleichfalls gegen den Reichstag und sein Wahlrecht gewettert, die auf die Interessen der breiten Massen eingestellt seien und Handel und Industrie nicht genügend berücksichtigten.

Und siehe da! Herr Brandt hat auch der „Deutschen Tageszeitung“ wieder Mut gemacht. Was man von einem konservativen Parteifreund nicht gerne hört, weil man fürchtet, er könnte durch vorzeitige Festlegung der Partei das ganze Spiel verderben, klingt aus dem Munde eines altliberalen Handelskammersekretärs wie Sphärenharmonie. Das Blatt des Bundes der Landwirte beschäftigt sich mit der Brandtreibe in einem äußerst wohlwollend gehaltenen Leitartikel, der die Hochschrist trägt: „Eine scharfe Kritik des deutschen Reichstagswahlrechts“ und der zu folgender Schlussfolgerung gelangt:

Jedes Wahlrecht muß doch den Zweck verfolgen und ermöglicht erreichen, die weislichsten und sachverständigsten Männer in die Volksvertretung zu entsenden. Erzielt ein Wahlrecht diesen Zweck nicht, so wird damit unweifelhaft bestimmt, daß es ungenügend und verbesserungsbedürftig sei. Der Handelsstag wird selbstverständlich diese Folgerung ablehnen und ablehnen. Er wird sich aber der Einsicht nicht verschließen können, daß seine Klagen, deren Berücksichtigung bis zu einem gewissen Grade nicht reuamt werden darf, eine sehr heikle und sehr scharfe Kritik des jetzigen Reichstagswahlrechts bedeuten und enthalten.“

Die Vorbeeren, die Herr Brandt im konservativen Blätterwalde pflüchten darf, lassen wieder Herrn Band nicht schlafen. Dieser veröffentlicht in der „Kreuzzeitung“ einen Artikel, in dem er den Wortlaut seiner Rede teilweise wiederholt und dazu — gegen die freisinnige Presse polemisierend — bemerkt:

„Es gehört wirklich viel Begehung dazu, aus diesen Auslassungen mehr zu entnehmen, als das allerdings überzogene Bekenntnis, daß es so wie jetzt im Reich nicht weitergehen kann, wenn das Urbe Kaiser Wilhelm I. und Bismarcks nicht vernichtet werden soll. Wie sich die Praktiker zu der Frage stellen, ist ausbleibend offen gelassen; im übrigen dürfte ich die Aufzählung vieler Tausende von Deutschen Zeigenissen — und natürlich nicht der schlechtesten — wiedergegeben haben. Ja, wenn heute eine „Reichswahlreformliga“ gegründet würde, würden ihr schon morgen zahllose Mitglieder aus allen bürgerlichen Parteien beitreten, und es wäre nicht das erste Mal, daß dann schließlich auch die freisinnige Presse hinter den nationalen Instinkten der liberalen Wählerschaft hinterherlaufen müßte.“

Als dritter im Bunde gefolgt sich zur „Deutschen Tageszeitung“ und zum „Kreuzzeitungs“-Mitarbeiter, Herrn Brandt, der fromme „Reichsbote“, jedoch an einem Tage die ganze konservative Presse Berlins von Klagen über das Reichswahlrecht widerhallt. Der fromme „Reichsbote“ jammert:

„Die demokratischen Wirkungen des Reichstagswahlrechts überwiegen heute bereits so stark, daß es nicht die Kraft hat, die Tauglichsten und Würdigsten auszuwählen und zu Volksvertretern zu erheben. Das demokratische Gleichheits- und Majoritätsrecht beruht zumeist nicht durch Tüchtigkeit und Verdienste ausgezeichnete, sondern die zu Volksvertretern, die sich dazu eignen, Führer, oder, was fast dasselbe ist, Diener der großen Masse zu sein. Wer sich auf Byzantinismus nach unten bezieht, prägt Anwartschaft auf einen Sitz im Reichstag zu haben.“

Es kann schwerlich ein Zufall sein, wenn an einem Tage die ganze konservative Presse Berlins einen konzertierten Angriff auf das Reichswahlrecht unternimmt, und es ist sicher kein Zufall, daß man bei diesem Angriff zwei Leute vorangehen läßt, die bisher ziemlich unbekannt und sicher keine repräsentativen Persönlichkeiten der konservativen Partei sind. Näher kann man sich immer noch darauf herausreden, daß Herr Band, wie die „Deutsche Tageszeitung“ bereits andeutete, noch ein ziemlich junger Mann sei, und daß man mit Herrn Brandt, dem Handelskammersekretär, erst recht nichts zu tun habe. Für die Stimmungsmache des Augenblicks sind die beiden Herren aber gerade noch gut genug.

Zu welchen Zwecken diese Stimmungsmache gerade in diesem Augenblick erfolgt, ist ziemlich unklar. Mit der Gründung der von Band vorgeschlagenen „Reichswahlreformliga“ wird man es wohl nicht so eilig haben, denn erstens hat man von der Gründungsversammlung des „Preußenbundes“ einstweilen noch genug, zweitens weiß man ganz genau, daß die Gründung einer solchen Liga geradezu wie die Herausgabe einer politischen Prospektionsliste wirken würde. Alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der konservativen, würden sich genötigt sehen, zuzustimmen und den offenherzigen Bekenntern zur Wahlrechtsänderung einen heulenden Freuenungsstreich zu ziehen. Möglicherweise aber hängt die Sache mit gewissen Gevellen zusammen, die davon sprachen, daß durch die gezielte Beförderung des Herrn v. Döllwitz zum Statthalter von Ostpreußen das hauptstädtliche Hindernis für die schließlich hoch unbedenkliche Reform des Reichstagswahlrechts beseitigt werden könne. Es ist ein alter taktischer Kunstgriff der Rechten, jeden An-

griff auf ihre Machtstellung in Preußen mit einer Konnade gegen das Reichswahlrecht zu beantworten.

Der Frühling ist die Zeit der Eintagsfliegen — viel leicht sind auch die beiden berühmtesten Männer der Jetztzeit, Herr Band und Herr Brandt, politische Eintagsfliegen, und ihr Flug in die Sonne des Ruhmes ist nur ein Spiel ohne tiefere Bedeutung. Als Symptom verdient ihr Hervortreten aber doch Beachtung — umso mehr, als Herr Band zweifellos im Recht ist, wenn er in allen bürgerlichen Parteien stille Freunde und Förderer seiner Pläne vermisst. Deswegen braucht man noch nicht die Sturmglöckchen zu läuten, denn das Reichstagswahlrecht wird von den beiden Heiden durch den Atem ihrer Rede nicht gleich umgeblasen werden. Aber mit einiger Befriedigung wird man doch darauf hinweisen können, daß die Liga zur Verteidigung des Reichswahlrechts, die sozialdemokratische Organisation, in den letzten Tagen mehr neue Mitglieder gewonnen hat, als Herr Band für seine Gründung in den kühnsten Träumen erhoffen konnte. Und eine Mahnung für die Massen klingt aus den Reden jener Herren, auch nach der roten Woche in der Werberarbeit nicht zu erlösen, damit sie — wenn es einmal gilt, die Grundlagen des Reichs gegen reaktionären Umsturz zu verteidigen — in würdiger Bewußtheit ihrer Kraft sagen können: Wägen sie kommen! Wir sind bereit!

Politische Uebersicht.

Kardinal Kopp gegen die Germania.

Graf Oppersdorff druckt in seinem Blatte „Macht und Wahrheit“ einen Brief ab, den der verstorbenen Kardinal Kopp am 16. April 1911 an ihn geschrieben hat und aus dem hervorgeht, daß Kopp der „Germania“, dem köstlich verdächtigen Zentrumsblatte, damals schon nicht traute. Der Brief lautet:

„Euer Hochgeboren... gestatten, daß ich auch zugleich auf die „Germania“-Angelegenheit einige Worte erwidere. Ich teile mit Ihnen die Befürchtung, daß die „Germania“ immer mehr in Abhängigkeit der Richtung der „Kölnischen Volkszeitung“ geraten wird; ich habe dieses wiederholt dem Geheimrat Vorich bereits gesagt und werde ihm dieses, sobald ich Gelegenheit finden sollte, mit noch stärkerer Betonung sagen und auf die Unabhängigkeit der „Germania“ dringen. Sind diese Mahnungen vergeblich, so werde ich, wie ich mich schon jetzt von der „Germania“ zurückziehen habe, mich auch meines Aktienbesitzes entäußern und Euer Hochgeboren sollen die Vorhand zum Erwerb desselben haben... Euer Hochgeboren sehen, daß ich keine freudige Dienerin habe; Ihnen aber und Ihrer teuren Familie wünsche ich sie von Herzen und bleibe in treuer Verehrung Euer Hochgeboren ergebenster B. Kard. Kopp.“

Die „Germania“ weiß vorerst zu diesem interessanten Schreiben nichts zu sagen; sie sucht die Richtung des Kardinals bekanntlich immer im Unklaren zu lassen. Diesen Schleier durchschneidet Graf Oppersdorff immer mehr.

Die „Schlesische Volkszeitung“ bemerkt dazu nur:

Graf Oppersdorff fährt unentwegt fort. Privatbriefe des Grafen einen Kardinals Kopp zu veröffentlichen und das „Berliner Tageblatt“ druckt sie freudig ab. Demgegenüber betonen wir wiederholt, was wir bereits vor einigen Tagen an dieser Stelle sahen: Die Rücksicht auf das frische Grab im Dome zu Breslau hindert uns, in diese Art Polemik einzugreifen.

Das „frische Grab“ würde die Volkszeitung natürlich nicht abhalten, Briefe des Kardinals zu veröffentlichen, die für das Zentrum sprechen. Nur daß diese Briefe das Gegenteil enthalten, darin liegt der Grund zur Zimperlichkeit.

Die neue deutsch-völkische Partei.

Die Antisemiten haben sich wieder einmal geeinigt. Die ganze Partei in der Stärke von 150 Mann tagte am Sonntag im Reichstagsgebäude. Zuerst die deutsch-soziale und die Reformpartei jede für sich, dann beide gemeinsam. Das Resultat der gemeinsamen Sitzung ist die Vereinigung und die Firmenänderung. Die Gesellschaft zeichnet künftig: Deutsch-völkische Partei. Vorsitzender ist der Amtsgerichtsrat Lottmann, sein Stellvertreter ist der Reichstagsabgeordnete Werner (Hersfeld). Diese Einigung wird nicht lange dauern; der Parlamentarismus behauptet z. B., daß die aus Werner, Gräfe und Bruhn bestehende deutsch-soziale Gruppe sich nur deshalb aufgelöst hat, weil dieses edle Dreigestirn nicht darüber einig werden konnte, wer Vorsitzender sein soll. Auch der neue Name vermag den Ruf dieser Partei nicht zu verbessern.

Gegen Rosa Luxemburg.

Einst, in den Tagen des Kulturkampfes, wurde die Zentrumspresse wütend von der Justiz verfolgt; es bogelte nur so von Strafen, und stolz erzählt Herr Erzberger in seiner „Geschichte des Kulturkampfes“, daß der „Germania“ an einem Tage 36 Anklagen ins Haus geflogen seien. Welcher Niedrigkeiten aber heute die liberalen Selben gegen politische Gegner, die sich in den Wäldern der preussischen Gerechtigkeit verstreut haben, fähig sind, zeigt eine Note der „Kölnischen Volkszeitung“ gegen die Genoffin Luxemburg. Das Blatt besteht sich auf eine Verurteilung der

„Deutschen Tageszeitung“, daß es ein schlechthin unhaltbares Zustand sei, daß eine Persönlichkeit, die eben erst von einem deutschen Gericht wegen eines schweren Vergehens bestraft worden sei, ihre geistwidrige Tätigkeit in besonders demonstrativer Weise fortsetzen dürfe, und schreibt dann:

„Wird diesem herausfordernden Treiben, das eine dreifache Verhöhnung des Staates und der Rechtspflege darstellt, nicht baldigt Einhalt getan, dann muß in den weitesten Volksteilen der Mißtrau vor der Majestät des Staates und Gehässen in bedenklicher Weise erschüttert werden. Man darf deshalb wohl erwarten, daß Frau Rosa Luxemburg möglichst schnell zum Austritt ihrer Strafe genötigt, und daß sie selbstverständlich sofort von neuem unter Anklage gestellt wird. Uns scheint, man hat ihrem Treiben schon zu lange ruhig zugehört.“

Man sieht, wenn es sich um gemeine Denunziationen handelt, läßt sich die liberale Presse vom Kinnel-Ortel noch lange nicht überlassen. Daß das Frankfurter Urteil noch gar nicht rechtskräftig ist und somit die Vorschläge von der sofortigen Verhaftung auf einen klatten Rechtsbruch hinauslaufen, geniert diese eble Cippichast nicht im mindesten.

Abwehrmaßnahmen gegen die Einfuhrscheine.

Bereits vor einiger Zeit ist mitgeteilt worden, daß die russische Regierung mit der Absicht umgeht, Maßnahmen zu ergreifen, um die Wirkung der deutschen Getreide-Einfuhrscheine aufzuheben. Wie aus Petersburg gemeldet wird, ist nun in der Finanzkommission des russischen Parlaments einstimmig beschlossen worden, einen Zoll von 30 Kopeken für das Pud deutschen Mehls oder Getreides zu erheben, das in die Grenzdistrikte im Westen von Rußland zur Einfuhr kommt.

Diese Distrikte werden mit deutschem Getreide geradezu überschwemmt, weil den Agrariern für die Getreideausfuhr in Form der Einfuhrscheine eine Prämie in der vollen Höhe des Zolles gewährt wird. Die russische Bevölkerung kommt damit zum Schaden der deutschen Verbraucher in den Besitz billigen deutschen Getreides. Wenn nun Rußland einen Zoll auf deutsches Getreide legt, dann sind die Einfuhrscheine zwecklos geworden, weil der Gewinn, den bisher die Agrarier daraus zogen, in die russischen Zolllisten fließen würde. Man darf also damit rechnen, daß endlich eine Beseitigung dieses so ungemein schädlichen Systems erfolgt.

Wo sind die Bräuerberger?

Die „Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen“ brachte kürzlich wieder einmal ein Beispiel agrarischer Steuerhuten. Daraufhin forderte die „Westpreussische Zeitung“ unter Ausfertigung einer Prämie von 50 Mk. Nennung des Namens jenes Agrariers. Das ostpreussische fortschrittliche Parteisekretariat erbietet sich unter Bezugnahme auf die Auslobung folgende Tatsachen mit Angabe von Namen und Ort unter Verweis zu stellen:

1. In einem Orte wird bei der Steuerberechnung den kleinen Besitzern der Gemarkung Landes mit 120 bis 150 Mark, den Großgrundbesitzern desselben Ortes der umbeilens gleichwertige Acker pro Hektar nur mit 38 Mark angerechnet.

2. In einem anderen Orte zahlte der Rittergutsbesitzer, der sich wenige Jahre darauf ein schloßartiges Gebäude erbauen ließ, 6 Mark, der Pfarre derselben Gemeinde, der mit 10 000 Mark sein Leben versichert hatte, 9 Mark und der junge Lehrer, der Privatvermögen nicht besaß, 12 Mark Steuern.

3. Auch den konservativen Blättern sollte ja aber genügend bekannt sein, daß ein anderer, sehr bekannter Rittergutsbesitzer, der in der Lage war, die umfangreichsten Meliorationsarbeiten ausführen zu lassen und sich einen Hochzeits-Extrakt zu leisten, eine Zeilang keinen Pfennig Einkommensteuer bezahlte hat.

Heraus mit den Namen, kann man dazu nur sagen, denn die Tatsachen darf man kaum anzweifeln. Sie wurden schon aus ganz anderen Orten bestätigt.

Lehrer und Sozialdemokratie.

Gegen die „Preussische Lehrerzeitung“ erläßt ein gewisser Herr Wöfel, Vorkämpfer des „Neuen Preussischen Lehrervereins Harz-Wipper“, in der konservativen Presse folgende Denunziation:

Die „Preussische Lehrerzeitung“ Nr. 46 findet es bedauerlich, daß bei der im Wahlkreis Jerichow stattgefundenen Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten die dortigen Freisinnigen ihre nationale Pflicht erkannten und dem konservativen Kandidaten Schiele ihre Stimme gaben. Diese Stellungnahme der „Preuss. Lehrerzeitung“ bedeutet eine Schmach für den preussischen Volksschullehrerstand. Die „Preuss. Lehrerzeitung“ befindet sich in einem bedauerlichen Irrtum, wenn sie glaubt, mit solcher Gesinnung die preussische Lehrerschaft hinter sich zu haben. Wir weisen auch die leiste Gemeinlichkeit mit der Sozialdemokratie zurück von uns, denn wir sind der unumstößlichen Überzeugung, daß ein Lehrer, der sich zur sozialdemokratischen Partei bekennt, oder auch sie nur bei Wahlen unterstützt, seinen Amtseid gebrochen hat. Ein solcher Lehrer muß, will er kein Bestrafungsbegehren sein, die nötigen Konsequenzen ziehen und sein Amt niederlegen. Die preussische Lehrerschaft ist aber, das sind wir sicher, bis auf einzelne Ausnahmen durchdrungen von dem alten guten Wort: „Mit Gott für König und Vaterland.“

Die „Preussische Lehrerzeitung“, die in fortschrittlichem Fahrwasser segelt, hat unter den Lehrern einen großen Bekanntheit, und es ist nicht anzunehmen, daß sie wegen ihrer Stellungnahme zur Wahl von Jerichow Abonnenten verlieren wird. Die im Amt befindlichen Lehrer sind allerdings gezwungen, in ihren nach links gerichteten politischen Gesinnungen äußerlich vor der Sozialdemokratie Halt zu machen, da jeder Schritt über diese Grenze für sie den Verlust von Amt und Brot bedeutet. Sie sind sich deswegen aber nicht unklar darüber, daß sie in allen ihren Bestrebungen, die auf Verbesserung ihrer Lebenslage und auf Ausbau der Schuleinrichtungen gerichtet sind, von der Sozialdemokratie ebenso tatkräftige Förderung zu erwarten haben, wie von der Rechten den hartnäckigsten Widerstand. Ehemalige oder noch im Amt befindliche Lehrer sind merkwürdigerweise auch nur auf der Linken des Reichstags zu finden. Es kann danach kein Zweifel darüber bestehen, daß die Lehrer des Wahlkreises Jerichow, wenn sie wirklich gegen den Sozialdemokraten und für den Konservativen gestimmt haben sollten — was ja niemand wissen kann — gegen die Interessen ihres Standes gehandelt haben würden.

Die Fortschrittler und die Stichwahl in Vorna-Begau. Die Fortschrittler haben bekanntlich zur Stichwahl in Vorna-Begau zwischen unserem Genossen Myßel und dem Reichsverbandler v. Liebert keine eigene Wahlparole abgegeben, während die Nationalliberalen auffordernd, Liebert zu wählen. Erklärt wird das Schweigen der Fortschrittler mit dem in Sachsen bestehenden Kompromiß zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern, wonach sich beide Parteien gegenseitig unterstützen und auf eigenes Vorgehen demnach verzichten. — Dem „Berliner Tageblatt“ wird nun aus Dresden zu dieser Stellung der Fortschrittler geschrieben:

Man wolle der Parteileitung keinen Vorwurf machen, wenn sie in Vorna-Begau keine Wahlparole gegen Herrn v. Liebert ausbebe, wenn sie nicht anders (infolge des Beschlusses der sächsischen Landesversammlung von 1912). Aber es wäre eine äußerst kurzfristige politische Taktik, heute in diesem Kreise nicht auch den letzten liberalen Wähler einzusehen, um die Rückkehr eines Mannes wie Liebert in den Reichstag unter allen Umständen zu verhindern. Nach uns zurechnenden Meinungen hofft man unbedingt, daß trotz der Nichtausgabe einer Wahlparole bei den vorkommenden Wählern der Kreis soviel Verständnis für die politische Lage zu finden sein wird, um unbeeinträchtigt durch das Mißfallen aller Aktionäre und trotz grundsätzlicher Belämpfung des sozialdemokratischen Parteiprogramms der Lage entsprechend für den Sozialdemokraten einzutreten.

Die Mahnung des „Berliner Tageblatts“ wird leider auf schwerhörige Ohren stoßen.

Der Grundstückskauf des Militärkabinetts.

In solcher Folge erließ der Reichstag am Montag ein „sange Reihe seiner Vorlagen, und bewilligte dann das Etatsgesetz, das bei der Verzögerung in der Beratung des ordentlichen Etats notwendig geworden ist. Bei der zweiten Lesung des Nachtragsetats für 1913 wurde die Frage des bekannten Grundstücks in der Viktorialstraße zu Berlin behandelt, die schon im vorigen Jahre viel erörtert worden ist. Es handelt sich um den Erwerb eines Grundstücks für Zwecke des Militärkabinetts, ein ganz eigenartiges Geschäft, bei dem die Militärverwaltung außerordentlich selbständig vorgegangen war. In der Budgetkommission hatte die Regierung keine Zweifel darüber gelassen, daß das Vorgehen nicht korrekt gewesen ist. Selbstverständlich war aber an der Sache selbst nicht mehr viel zu ändern. Die Kommission beantragte deshalb, daß die Zweckbestimmung des Grundstücks späterer Bestimmung vorbehalten werden soll, und verlangte ferner, daß die Frage des Regressanspruchs des Reichs einer näheren Prüfung zu unterwerfen ist. Des weiteren sollten in Zukunft Grundstückskaufgeschäfte erstrecklich die Behandlung von Kaufgeschäften vorliegen, und endlich wird vom Reichstag die beschleunigte Vorlegung eines Reichswirtschaftsgesetzes gefordert. Genosse Eißelen gab eine ausführliche Schilderung der Vorgänge, wie sie sich abgespielt haben, und bei denen sich die absolut unzulässige Selbstherrlichkeit der Militärverwaltung gezeigt hat. Er ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß es sich hier um eine höchst unangenehme Sache handelte, der gegenüber der Reichstag ein sehr energisches Wort sprechen müsse. Auch die Redner der anderen Fraktionen waren genötigt, das Vorgehen zu kritisieren, und der Fraktionschef, ebenso wie der Kriegsminister plädierten nur auf mildere Umstände. Genosse Lieberow hob demgegenüber die unbedingte Notwendigkeit hervor, mit aller Schärfe die Mißstände solcher peinlicher Entscheidungen zu vermeiden. Nach Annahme der Kommissionsentscheidung wurde der Etat des Reichskabinetts in zweiter Lesung erledigt. Genosse Stolle benutzte die Gelegenheit, um das System der Einfuhrscheine einer energischen Kritik zu unterwerfen.

Am Schluß der Sitzung gab es noch eine Debatte über die Veteranenbefreiungen, bei der Genosse Eißelen die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion kurz darlegte. Entschieden der immer eigenennamen Haltung, will die sozialdemokratische Fraktion eine möglichst weitberzige und gerechte Behandlung der Veteranen erwirken.

Die staatsgefährliche Pianistin und Sängerin.

Aus Kopenhagen wird telegraphiert, daß aus dem Kreise Dabersleben zwei dänische junge Mädchen, eine Konzertsängerin und die Pianistin Wahr ausgehoben worden sind. Die beiden hatten eine bekannte Familie in Kopenhagen bei Sommerfeld besucht und der Einladung zu einer privaten musikalischen Abendunterhaltung Folge geleistet, wobei sie dänische Lieder gesungen haben sollen. Mächtig erschienen in der rein privaten Veranstaltung des Abends um 9 1/2 Uhr ein Gendarm und erfuhr die beiden Künstlerinnen. Ihm zu folgen. Sie mußten mit ihm zum Amtsvorsteher nach Sommerfeld kommen. Dort wurde ihnen der Ausweisungsbefehl verlesen und mit dem nächsten Personenzug brachte sie der Gendarm an die dänische Grenze. Es war von beiden Ausgewiesenen nicht einmal gestattet worden, ihre Gesellschaftskleider gegen Reisetaschen zu vertauschen.

Die Freikonservativen hielten in Berlin eine Sitzung des Gesamtvorstandes ab, in der auch die Frage erörtert wurde, ob sich die Freikonservativen, die seit 1888, so lange sie existieren, noch kein Programm befaßen, ein solches schaffen sollen. Der Vorstand verneinte die Frage. Der Ausschuß wurde nur mit der Vorbereitung von Entwürfen für ein sogenanntes Aktionsprogramm beauftragt. Ein wirksames Programm, so meinte die Mehrheit, wäre für sie nur eine Fessel sein. — Die Freikonservativen würden wohl mit oder ohne Programm als Partei bald ausgepielt haben.

Rein Ueberblick des Staatsjahres 1913. Nachdem nunmehr auch für den Monat Februar das Ergebnis der Einnahmen aus den Zöllen und Steuern vorliegt, kann man mit ziemlicher Sicherheit vorhersehen, daß das Staatsjahr 1913 keine Ueberfülle über den Vorschlag bringen wird.

Nachrichten zu den Zaberner Vorgängen. Infolge der Zaberner Vorfälle wird sich am Sonnabend, den 28. März, die Zaberner Staatsanwaltschaft mit einem Verhörprotokoll in einer Extratagung beschäftigen haben. Der Anklage liegt ein Artikel des „Zaberner Anzeiger“ zugrunde, der unter der Ueberschrift „Der hochbetagte Hauptmann und die Offiziersbekehr“ einen stadtbekanntem Vorfall wiedergibt und mit der Veröffentlichung die abfällige Zeugenaussage des Majors Ude charakterisiert und sein durch sein eigenes Verhalten verschuldetes schlechtes Verhältnis mit der Zaberner Zivilbevölkerung betonen wollte. Der „Zaberner An-

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

126]

(Nachdruck verboten.)

Während Eise so bei sich überlegte, eilte sie, als wenn ein Zauber sie zöge, mit klopfendem Herzen die Lehne hinauf, deren oberer Rand sich in gleichmäßiger, nach dem Meere zu bendender Linie schief von dem grauen Gewölbe des Himmels abhebt. Mit jedem ihrer Schritte bebten sich links das Meer und die Dünenfeste breiter und weiter, bald schweißte der Blick hinaus, wo der düstige Himmel mit dem dümmigen Meere zusammenfloß, und über den schon geschwungenen Bogen der Klippe bis zu dem bewaldeten Colenberg, der in schwarzer Bläue herüberdrohte. Ueber die zu ununtercheidbaren Masse zusammengebrachten Wipfel ragte der Turm des Schloßes. Zwischen dem Colenberg drüben und der Höhe, auf der sie stand, — unwirklich wie das Meer selbst, von welchem sie nur durch den gelben Saum der Dünen getrennt war, — die braune Ebene, die sie durchwandert, — als einzige Stätte der Menschen das Fährdorf Albed, welches jetzt, dort auf dem Hügel des Vorgebirges, fast unmittelbar zu ihren Füßen lag. Auch dort, zwischen den Häusern und der See auf dem breiten Strande, saßen sich lange betende Linien von Arbeitern bis auf die beiden Wägen, welche, sich mit den Spitzen zusammenneigend, weit in das Meer hineinführten. An den Wägen ein paar größere Fahrzeuge, die ausgeladen zu werden schienen, während eine Gruppe von Fischerboaten, alle in derselben Richtung, dem Meer zukehrte. Sie hatten die Segel ausgehakt, wurden aber wohl nur von den Rudern getrieben. Selbst nach die gleichmäßige Stellung der braunen Segel und die einfrumige Bewegung der Ruder an den Fischerbooten von dem wirren Durcheinander der weißen Wägen ab, die, wie vorher über ihr, jetzt in halber Höhe zwischen ihr und dem Meer unauflöslich freiten. Sie sah das aber alles mit ihren kalten Augen an, wie ein Reisender auf der Eisenbahn die Einzelheiten der Landschaft, welche der Zug durchbricht, mechanisch beobachtet, während seine Seele längst zu Hause ist, die Wägen durchfliegend, die er beim langerwerbigen Anblick der Leben empfinden wird. Als, nach die Wägen nicht hatten, in die geliebten Augen zu schauen, die lieben Hände in den ihren zu halten, den Blick ihrer kräftigen und doch so milden, runden Stirne zu übern! Sie wollte ja nicht, als die Klippe sehen, wo er weilte! Und selbst der kleine Kopf schien ihr nicht gewährt werden zu sollen. Sie war bereits in derselben Querrichtung eine ziemliche Strecke auf dem Rücken des Hügel hingewandert, ohne den Blick nach der anderen Seite, wo Wägen liegen mußte, zu heben; nur der Himmel sah Metern über den Rand des Plateaus herüber. Die Klippe, wenn sie den breiteren Weg verfolgte, zu welchem sie jetzt gelangte und welcher, von rechts kommend, aufwärts in der Längsrichtung zu einem hohen

mächtiger Höhe führte, zwischen denen eine mächtige Signallanze aufragte, und der auf der höchsten Höhe, verhältniß auch auf dem äußersten Rand des Vorgebirges aufgeschichtet sein mochte.

Und in der Tat, wie sie jetzt höher und höher stieg, trat rechts knäuelnd ein blauer Streifen hervor — die Klippe des Fährandes — dann wieder die kleigraue Fläche des Meeres, auf der sich hier und da ein Segel zeigte; endlich diesseits, unmittelbar unter ihr, eine weiße Dünenhöhe, die sich allmählich nach dem Vorgebirge zu leuchtend verbreiterte, bis es eine kleine flache Halbinsel wurde, in deren Mitte ein paar Dänen auf der braunen Erde lagen — das war Wissen! Das mußte Wissen sein.

Und nun, da sie auf dem Punkte stand, den sie erstrebt mit dem Aufgebot all ihrer physischen und geistigen Kräfte, und, wie verlangend sie auch die Arme ausstreckte, das Ziel ihrer Sehnsucht nach so weit, so unerreicht weit vor ihr lag — nun erst glaubte sie die stumme, schwerliche Sprache der Erde, der Einsamkeit um sie her zu verstehen: das Wägen und Raunen auf der Höhe, die klagenden Geistesstimmen in der Luft: allein, allein!

Unendliches Weite lag in ihrem Herzen auf; ihre Arme wankten, sie sank in der Nähe der Klippe auf einen Stein, brühte das Gesicht in die Hände und brach in lautes Weinen aus, wie ein hilflos verlassenes Kind.

Sie sah nicht, wie ein Mann, der hinter den Klippe, an die Signallanze geklopft, das Meer beobachtend, gestanden hatte, von den schlammigen Lauten in seiner Nähe aufgeschreckt, hervortrat; sie hörte nicht, wie er mit eiligen Schritten über den kurzen Rasen auf sie zukam.

„Eise!“

Sie fuhr mit einem dumpfen Schrei empor.

„Eise!“

Und abermals lächelte sie auf — ein wilder Fremdenfremder, der selbst durch die lautlose Stille hallte — und sie lag auf seiner Brust, kümmerte sich an ihn, wie ein Entzündeter:

„Reinhold, mein Reinhold!“

Sie meinte, sie lächelte, sie lächelte immer wieder. „Reinhold, mein Reinhold!“

Sprachlos vor Staunen und Staunen über das holde Wunder, lag er sie zu sich nieder auf den Stein, auf welchem sie gesessen; sie drückte ihren Kopf an seine Brust:

„Ich habe mich so nach Dir geseht!“

„Eise, geseht! Eise!“

„Ich mußte kommen, ich konnte nicht anders; es hat mich hergezogen, wie mit Geistesbänden. Und nun hab' ich Dich! Dich! O verlaß mich nicht wieder! Nimm mich mit Dir dort hinab in Dein Haus! Da ist meine Heimat, bei Dir, bei Dir! Stöße mich nicht wieder in die See, Liebeterr, laß die Welt da stehen und nur bei Dir in Ruhe. Frieden. Wahr-

heit, Treue! Ach! Dein liebes, neues Herz, wie es pocht! Ich fühl' es ja! Es liebt mich, wie ich Dich! Es hat sich nach mir geseht, wie mein armes, zerrissenes Herz nach Dir, nach Dir!“

„Ja, meine Eise, es hat sich nach Dir geseht, unglücklich, grenzenlos. Ich bin hinaufgeklommen, weil es mir keine Ruhe ließ; ich wollte nur einen Blick haben, wo ich Dich wartete; — einen letzten Blick, bevor —“

„Bevor? Um Gotteswillen!“

Er hatte sie die wenigen Schritte bis zu den Klippe geführt und stand jetzt, seinen Arm um ihren Leib schlingend, hart an dem Rande des Vorgebirges, dessen trübige Stirn so jääh abfiel, daß sie da oben unmittelbar über dem grauen Meere in der grauen Luft zu schweben schienen.

„Steh, Eise! das ist der Sturm! Ich höre ihn, ich sehe ihn, als ob er schon entsefelt wäre! Es können noch Stunden vergehen, oder kommen wird er, kommen muß er — wie alle Zeichen verkünden: mit fürchterlicher Gewalt. Die metallene Klippe da unter uns wird, in solche Wogen zerstückt, ihren Stütz hinaufführen bis auf diese Höhe! Wehe den Schiffen, die nicht jetzt schon in den Hafen geflüchtet und verflüchtet selbst dort nicht vor der wilden Wut geschützt sind! Wehe den Niederungen da unter uns! Ich würde es Dir heute Morgen schreiben, denn ich sah es schon jetzt gestern; und daß ich Dir besser täte, von Warnow fortzugehen; aber Du wärdst ja doch nicht gegangen.“

„Nimmermehr! Ich bin so stolz, daß Du mir vertraust, daß Du mir dies gesagt hast! Und wenn der Sturm losbricht und ich weiß, daß Dein liebes Leben jeder Gefahr ausgefetzt ist — ich will nicht zittern und, wenn ich zittere, ganz gewiß nicht zagen. Ich will mir immer sagen: er könnte ja seine Pflicht nicht tun, er könnte ja der mühsamste Mann nicht sein, den ich liebe, wenn er wüßte, daß ich so unglücklich und die Hände ringe, während er kommandieren und steuern muß, wie ein Tenner Abend? Weist Du, Geliebter? Und weist Du, daß ich Dich schon damals liebte? Und weist Du, daß Du mir sagtest: ich habe Augen wie ein Schiff? O, wie ich mich jedes Wortes erinnere! Jedes Wörtchen! Und wie ich glücklich war, daß ich Dir den Kompaß nicht gleich zurückgeben brauchte; ich wollte ihn ja nicht behalten, Du solltest ihn ja wieder haben.“

„So warst Du stolzer, als ich, Geliebte! Ich war enttäuscht, Dir den Kompaß nicht wiederzugeben. Du hastest ihn abgestreift, als Du durch mein Liebeslopp sahst; er lag auf dem Verdeck, ich hob ihn auf; er hat mich seitdem so treu begleitet; sieh! Das ist mein Kompaß gewesen: mit Seele und abergläubisch; ich habe geschworen, ihn nicht von mir zu legen, bis ich statt des Kompaßes Deine liebe Hand für immer in der meinen halte.“

Er lächelte den klugen klugen Kompaß, heber er ihn wieder in die Brusttasche steckte. (Fortsetzung folgt.)

gelter" ließ sich, so schreibt er in seiner Nummer vom Sonntag, deshalb zu der Veröffentlichung veranlassen, um die Ue der Major Ude höchst unangenehme Gesichtliche Zeugnisse beweisen zu lassen. Es handelt sich um einen Vorgang in einem Gaberner Restaurant, wo gegen den damaligen Hauptmann Ude einige Gaberner Bürger, die nach ihrer Angabe beschimpft worden waren, handgreiflich wurden.

Dallwitz will nicht Statthalter von Elb-Lothringen werden. In preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Montag bekannt, daß die Kandidatur des preussischen Ministers des Innern v. Dallwitz für den Statthalterposten in Elb-Lothringen nicht mehr in Frage komme. Wedel bleibe zunächst auf seinem Posten, da, nachdem sich der Plan mit Dallwitz geschieden habe, eine geeignete Persönlichkeit nicht vorhanden sei. Richtig sollen die Funktionen des Statthalters und des Staatssekretärs für Elb-Lothringen vereinigt werden, um Meinungsverschiedenheiten, die etwa zwischen dem obersten Vetter und dem Vertreter der reichsständischen Politik im Landtage entstehen könnten, zu vermeiden. Es handelt sich hierher allerdings um eine Idee, die noch in keiner Weise ausgereift ist. Soll diese Frage bei dem Statthalterwechsel gleich mit erledigt werden, dürfte er auch aus diesem Grunde noch längere Zeit hinausgeschoben werden.

Der Senatorenkonvent des Reichstages beriet am Montag darüber, welche Gegenstände in den nächsten Tagen zur Beratung kommen sollen. Donnerstag und Freitag sollen Wahlprüfungen, der Duell-Antrag und der Gesetzentwurf über die Konkurrenzklause auf die Tagesordnung gesetzt werden. Man hofft, bis Freitagabend die Beratungen hierüber zu beenden. Es kam noch in Betracht, die Postdampferverträge auf die Tagesordnung zu stellen, doch wurde hiervon abgesehen, weil sich parlamentarische Hindernisse ergaben.

Ein Nordmarken-Fonds. Der Schleswig-Holsteinische Provinziallandtag hat „angefichts der Verdrängung durch das Dänentum“ einstimmig 100.000 Mark zur Förderung des Deutschtums in Nordschleswig bewilligt. Die alldeutschen Blätter frohlocken hierüber und die Welt. Neuest. Nr. 7. bezeichnen die Meldung als „endlich einmal etwas Erfreuliches aus der Nordmark“. Das Blatt ist der Meinung: „Eine feltene und lange nicht mehr gehörte Kunde! Wir wünschen dem Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtag von Herzen Glück zu diesem Beschlusse und wir hoffen, daß nicht nur er selbst in den kommenden Jahren auf diesem Wege weiterfahren, sondern auch daß sein Vorbild im Osten und Westen Nachahmung finden möge!“ Die Dänen der Provinz müssen zu diesem ihren Unterdrückungs-fonds selbst mit ihren Steuern beitragen.

Der Fall Poljakow. In der Angelegenheit des in Köln unter dem Verdacht des Raubdiebstahls verhafteten russischen Offiziers Poljakow ist am Montag eine Kommission des preussischen Justizministeriums in Köln eingetroffen, um die Umstände eingehend zu untersuchen. Die Personen, welche den russischen Offizier angeklagt haben, sind nochmals einem eingehenden Verhör unterzogen worden; über das Ergebnis war bisher Bestimmtes noch nicht zu erfahren.

Dampfersubvention. Dem Reichstage ist eine Vorlage zugegangen, monach für den Betrieb einer Dampfschiffverbindung zwischen Ostafrika, Australen und den deutschen Schutzgebieten in der Südpol eine Subvention von jährlich 1.800.000 Mk. für die Dauer von 16 Jahren gewährt werden soll. Die dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie bisher gewährten Subventionen kommen künftig in Weg. Die Regierung weist zur Begründung ihres Verlangens darauf hin, daß die angegebene Linie so wenig ertragreich sei, daß sie ohne eine Subvention nicht unterhalten werden könne. Die Dampfer auf dieser Linie, die auf deutschen Werften hergestellt sein müssen, flinken die deutsche Postlage und befördern die Post nebst den etwaigen Begleitern ohne besondere Vergütung. Die regelmäßigen Fahrten sollen Anfang Oktober 1914 beginnen.

Regelmäßige Stadtverordnetenwahl. Der hessische Provinzial-ausschuß erklärte die Münzger Stadtverordnetenwahl vom 4. Dezember 1913, bei der 10 Sozialdemokraten gewählt wurden, für ungültig.

Für die Reichstagswahl in Schwyz ist von polnischer Seite v. Sab-Jaworski, der schon bei den bisherigen Wahlen polnischer Kandidat war, wiederum aufgestellt worden.

Ausland.

Die englischen Staatsmänner und die Isterfrage.

Das Kabinett beschäftigte sich in einer besonderen Sitzung heute früh mit der Lage in Uster. Der Sekretär des Kriegsministeriums und General Paget, der Oberkommandierende der in Irland stehenden Truppen, wurden vom König in Audienz im Buckinghampalast empfangen.

Eine Deputation von Offizieren der irischen Regimenter, die ihren Abschied nachgesucht haben, ist in London eingetroffen und hatte Besprechungen im Kriegsministerium. Dabei scheint es zu einer Verständigung gekommen zu sein, denn im Unterhause erklärte nachmittags der Kriegsminister Seely, daß die Offiziere eine Frage des General Pagets nur mit Verstande hätten. Die Offiziere haben nunmehr den Befehl erhalten, sich nach Ausklärung dieses Mißverständnisses zu ihren Truppenteilen zurückzugeben. Diese sehr lebenslange Ausklärung des Kriegsministers schafft selbstverständlich nicht die Tatsache aus der Welt, daß englische Offiziere die Erklärung abgegeben haben, unter gewissen Umständen Befehlen ihrer Vorgesetzten nicht Folge zu leisten.

Die Vorgänge in Uster werden in London mit dem größten Interesse verfolgt. Vor den Ministern stehen große Menschenmassen, die lebhaft diskutieren. Die Ministerien selbst stehen unter starker militärischer Bewachung.

Zur Krise in Frankreich.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 22. März: Die parlamentarische Enquete-Kommission arbeitet unter dem Vorsitz des Genossen Jean Jaures mit einer Sicherheit und Schnelligkeit, die ihr allgemeines Lob eintragen. Die Fragen, die Jaures stellt, sind so präzise, so scharf insich, daß jedes überflüssige Geplänkel wegzufallen wird. „Einen besseren Untersuchungsrichter als Jaures hat es noch nie gegeben.“ Journalisten und Politiker aller Richtungen geben einstimmig dieses Urteil ab. Wenn trotz alledem bisher noch keine Klarheit geschaffen werden konnte, wenn man auch jetzt noch nicht in voller Unparteilichkeit sagen kann, ob der Generalfiskusamt habe im Jahre 1911 von dem damaligen Finanzminister Monts tatsächlich einen „Befehl“ erhalten hatte, die Verhandlung in dem Prozeß gegen den verurteilten Finanzmann zu vertagen, oder ob Jaures, lediglich um sich bei gewissen anderen Politikern „des Plaisirs“ zu machen und um einer Gendlung, die sein richterliches Gewissen beunruhigte, eine ihm entlassende Auslegung zu geben, als „ministeriellen Befehl“ deutete, was nur eine „Witze“ war — wenn auch noch die Vernehmung des Generalfiskusamts habe, des Präsidenten des Appellhofes Widault de L'Isle, der zehnmaligen Ministerpräsidenten Monts und Callaux, des Rechtsanwalts von Rochette, Maurice Bernand, des Direktors des „Mappell“, Dumessail, der seinerzeit einen journalistischen Feldzug zu Gunsten Rochettes führte, und nach der Kontraktion der Vernehmung von Jaures und Monts, als Zweifel bestehen dürfen, ob liegt das daran, daß gewisse Behauptungen sich schon gegenüberstehen, aber nicht in einer Weise, daß die eine die andere unbedingt und vollkommen ausschließt, sondern nur so, daß der eine oder der andere Zeuge dieselbe Stelle, dieselbe

Wort falsch interpretiert. Denn Monts sagt: „Ich habe Jahre niemals auch nur den geringsten Befehl gegeben“ und Jaures erwidert: „Der Befehl lag im Ton, in dem es gesagt wurde“, so muß es auch den weissen Richter schwer fallen, die Wahrheit zu erkennen. Nebenfalls steht heute etwas fest, was im Zusammenhang mit der Entscheidung Callaux's durch Madame Callaux wichtig ist: es war nicht Callaux, der die Initiative zur Vertagung des Rochette-Prozesses ergriß. Der Rechtsanwalt Maurice Bernand hat gestern auf Ehre und Gewissen erklärt, daß er es war, der Callaux veranlaßte, mit Monts zu sprechen, um die Vertagung zu erlangen. „Der große Skandal“, den die reaktionäre Presse prophezeit, wird nicht ausbrechen, weil es heute schon klar ist, daß die Interventionen von Monts und Callaux, soweit sie stattgefunden und von den ehemaligen Ministern auch zugegeben worden, keineswegs irgend einem Bedürfnis entsprangen der Gerechtigkeit oder der „Reinigung“ als la Rochette einen Dienst leisten zu wollen. In dieser Angelegenheit ist es gerade für das Ausland sehr wichtig, klar zu sehen, was eigentlich hinter der ganzen Affäre steckt. Was uns sehr besonders unsere deutschen Patrioten bei der Hand, um über die „maßlose Korruption“ loszuliegen, die „natüergemäß in der Republik“ herrsche, während im monarchistischen deutschen Staat so etwas unmöglich wäre. In Wirklichkeit ist das, was im Laufe der Rochette-Prozesse von Ministern getan worden ist, das reinste Missetat (das die Verteilung des Angeklagten vor der Verhinderung suchte, noch verheimlichte) neben den unerhörten Vorkommnissen in der Gaberner Angelegenheit. Nach der Meinung der Arbeiter in der Enquete-Kommission, nach der Vernehmung Briand's und Warhaus, die noch bevorsteht, werden wir die gescheitlichen Fingerabdrücke, die zurückblieben, genau analysieren. Jetzt schon läßt sich sagen, daß die Schlussfolgerungen sich nicht gegen die Republik, nicht gegen das Frankreich von heute, sondern gegen die Kreise der kapitalistischen Gesellschaft richten werden. Es ist selbstverständlich, daß die Gerechtigkeit in Frankreich auf jede Regierung ihren Einfluß auszuüben weiß, aber im Falle Rochette, schon Callaux irgend eine Rolle dabei spielte, liegen die Dinge völlig anders. Um den wahren Krankheitszustand einer Gesellschaft zu erkennen, dürfen wir vor allem keine falschen Diagnosen stellen.

Die Vollmachten der Rochette-Kommission. In der Kammer wurde gestern ein Gesetzentwurf angenommen, nach dem der Senatsbeschluss, der Untersuchungskommission in der Rochette-Affäre beschränkte Vollmachten zu geben, heute nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten soll. Man kündigt an, daß die Kommission von der Kammer im Bedarfsfälle eine Erweiterung ihrer Befugnisse verlangen wird.

Grav Litza beim deutschen Kaiser. Graf Litza ist auf Wunsch des Kaisers in Wien eingetroffen. Man nimmt an, daß Wilhelm II. die Anschauung des Grafen über die rumanische Frage kennen lernen will.

Eine deutsche Zeitung in Konstantinopel schwebt. Wegen Veröffentlichung von militärischen Nachrichten wurde die deutsche Zeitung „Der Osmanische Lloyd“, auf zwei Tage suspendiert.

Chyano Castro gefunden. Bei einer Hausdurchsuchung, die die Polizei in Port of Spain auf Trinidad vornahm, wurde General Chyano Castro, der frühere Diktator Venezuelas, in einem Hotel der Stadt entdeckt. Castro, der bereits seit mehreren Monaten verschwunden war, soll über seine Auffindung keineswegs erfreut gewesen sein. In einem anderen Hause, das hauptsächlich von Venezolanern bewohnt war, wurden mehrere und 40.000 Patronen gefunden.

Die Konzentrierung der „heiligen Bataillone“. Aus Athen wird telegraphiert: Der militärische Leiter der Aufstands-bewegung in Nordepirus Doullis, hat die Konzentrierung der „heiligen Bataillone“ an drei Punkten in der Nähe der albanischen Grenze angeordnet. Man hält es für wahrscheinlich, daß die Truppen unter Führung von Doullis und Syromillos zuerst K o l o n i a und dann K o r i k a angreifen werden. Korika soll dann als Hauptstadt des autonomen Epirus proklamiert werden. Die Aufständigen verfügen auch über Artillerie.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Stockholm, Genosse Lindhagen, ist nach einer hitzigen Debatte wegen „Erregung öffentlichen Argernisses“ zu einer Geldstrafe von 100 Kronen verurteilt worden. Er hatte gelegentlich einer Demonstration Stockholmer Arbeiter am 8. Februar 1913 rufe auf die Republik ausgebracht. Als besonders „Strafverhängend“ wurde der Umstand angesehen, daß das Vergehen an einem Sonntag begangen wurde. — In Schweden die Republik strafflos ausgerufen werden.

Wahlen in Argentinien. Am Sonnabendabend fanden in der ganzen Republik die Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften statt. Die Ordnung wurde nirgends gestört. In Buenos Aires sollen die Sozialisten gestarkt haben. Das Wahlergebnis wird erst in einigen Tagen bekannt gegeben werden.

Zum Zustand in Ecuador. Die Behörden Columbias an der Grenze von Ecuador melden, daß sie die Aufständigen von Ecuador zurückgetrieben haben. Es herrsche vollkommene Ruhe an der Grenze.

Gewerkschaftliches.

Stadt und Provinz.

Eine öffentliche Buchbinder-Versammlung

Tagte am Montag im Unionspale. Kollege Wagner aus Leipzig hielt einen Vortrag über wirtschaftliche Kräfte, Arbeitslosigkeit und die Zweckmäßigkeit der gewerkschaftlichen Vereinigung. Außerdem schilderte der Redner den Niedergang des Gewerbes, der sich seit Einführung der Maschinen in diesem Zweige der Industrie zur kapitalistischen Produktion umgewandelt habe. Um zu zeigen, wie die maschinelle Technik im Buchbinderberuf um sich gegriffen, führte er ein Beispiel an. Eine Leipziger Maschinenfabrik die ausschließlich Maschinen für Buchbinder etc. herstellt, beschäftigt in den 50er Jahren 8 Arbeiter und fertigte im Jahre 88 Maschinen. In den Jahrzehnten vergrößerte sich der Betrieb bergsteil, das die Fabrik heute mehr als 1500 Arbeiter beschäftigt und mehr als 7000 Maschinen auf den Weltmarkt bringt. Mit Einführung der Maschine begann die Teilarbeit, sowohl bei den männlichen wie bei den weiblichen Arbeitern. Doch der Kraft der Organisation, die allmählich erstarb, gelang es im Leipzig und anderen Großstädten Tarifverträge mit den Unternehmern abzuschließen, die den Beteiligten wesentliche Vorteile im Vergleich zu den vorher bestehenden Lohnverhältnissen brachte. Die wirtschaftliche Krise, die im Vorjahr herrschte, hat auch die Kollegen und Kolleginnen in Mitleidenschaft gezogen, am stärksten war sie in Berlin, wo hunderte lange Zeit arbeitslos waren. Da hat sich gezeigt, wie segensreich die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften wirken. Die Beiträge erwiesen sich als eine sehr fruchtbringende Kapitalanlage. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Schulen seien die besten unter ungünstigen, auch hier könne und müsse der Versuch unternommen werden, tarifliche Verbesserungen durchzuführen, insbesondere in Preßlau. Da könne und werde was geschehen, wenn die Kollegenschaft sich bis auf den letzten Mann und die letzte Frau dem Verbande angeschlossen.

Den Ausführungen folgte ein Vortrag des Kollegen Wagner, der die Ausführungen, indem

er die Dresdener Verhältnisse schilderte, die notwendig einer Luftbesserung bedürfen. Er forderte auch scharf die Anwesenenden auf, die Stimmzettel heranzuholen, damit, wenn wir gezwungen werden, einen Lohnkampf zu führen, wir zu jeder Zeit gerüstet dastehen.

Deutsches Reich und Ausland.

Der christliche Keramiker-Verband als Unternehmerhilfe. Im Sommer 1913 reichten die im Zentralverband der Stein-arbeiter (Eich Leipzig) organisierten Arbeiter der Firma Hartmeyer in Oberweißbach (Thür) eine Tarifvorlage ein. Die Firma ließ sich auf einen Tarifabschluss unter keinen Umständen ein. Es kam zum Streik, der für die Arbeiter verloren ging. Die Streikführer wurden nicht wieder eingestellt, sie mußten sich außerhalb um Arbeit umsehen. Nun legten die Schwarzgen mit der Agitation ein, und wenn man ihren Aussagen Glauben schenken darf, schlossen sie mit Hartmeyer einen Tarif ab. Der christliche Sekretär Richard Schwarz beschaffte nun der Firma Hartmeyer Arbeiter. Er erklärt Zirkulare, in denen es heißt: „Die Firma Hartmeyer hat vor längerer Zeit die sozialdemokratisch organisierten Steinarbeiter entlassen und beschäftigt jetzt nur christlich organisierte Arbeiter. Die Steinarbeiter verdienen im Winter 6-7 und im Sommer 10-12 Mk. pro Tag. Unser Verband übernimmt also die Garantie, daß die von uns empfohlenen Arbeiter auch den vereinbarten Lohn erhalten.“

Es ist interessant, daß der christliche Agent selber zugibt, daß die Firma die freigeorganierten Arbeiter entlassen hat, doch darüber machen sich diese sonderbaren Arbeitervertreter keine Gewissensblisse. Die Einzelheiten werden entlassen, weil sie sich dem Unternehmer nicht ohne weiteres fügen und mit Hilfe der christlichen Führer werden unter unwahren Versicherungen der bedrückten Firma Leute beschafft. Das ist Arbeiterverrat in glatter Form.

Zum Streik auf der Zeche Postenbach. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erklärt folgenden Aufruf:

Achtung! Achtung! Achtung! Auf der Zeche Postenbach im Saarrevier stehen die Arbeiter im Streik. Der Streik wird vom christlichen Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter geführt. Obwohl dieser nicht verständig hat, so werden wir unsere Mitstreiter doch entsprechend den Bestimmungen unseres Streikreglements unterstützen. Da Agenten bereits an der Arbeit sind, um Streikbrecher anzuwerben, so rufen wir allen Bergarbeitern zu: Halte den Zugang nach Zeche Postenbach streng fern. Keiner darf an den im Kampf stehenden Arbeitsschülern zum Verräter werden. Doch die Solidarität aller Arbeiter!

Mit Glückauf!

Der Vorstand

des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Die Wahlen zur Betriebsrätenliste der Stadt Berlin. Das Ergebnis der Wahl laut nunmehr vor. Es erhielten: Liste I, Verband der Metallarbeiter, Transportarbeiter und Maschinenisten und Geiger 530; Liste II, Verband der Gemeinbediensteten und Staatsarbeiter 1013; Liste III, liberales Wahlkomitee 1057; Liste IV eine Stimme (78 ungültig). Es erhalten Aus-schüßmitglieder: Liste I 2, Liste II 44, Liste III 4. Die freigeorganierten Arbeiter erhielten zusammen 10.668 Stimmen und 40 Vertreter, die von den Verwaltungen unterstellten Listen III und IV 1033 Stimmen und 4 Vertreter.

Streik an der Kölner Rheinbrücke. Am Montag vormittag sind die an den Uferpfeilern der neuen Rheinbrücke beschäftigten Arbeiter ausständig geworden. Die Arbeiter hatten Forderungen an Erhöhung der Stundenlöhne gestellt und legten, als diese nicht bewilligt wurden, die Arbeit nieder. Die Forderungen wurden damit begründet, daß die Arbeiter bei hohem Wasserstand öfter gezwungen sind, die Arbeit einzustellen, wodurch der Lohn erheblich geschmälert wird.

Ein Gesetz zur Sicherung des Arbeitsvertrages. Entprechend einer Anfrage seines Vorgängers hat der französische Arbeitsminister jetzt eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet über die willkürliche Aufhebung des Arbeitsvertrages. Derselbe wurde hauptsächlich beschlossen durch die fortwährenden Maßregeln, welche in der letzten Zeit bei der Berliner Untergrundbahn vorkamen. Nach diesem Entwurf sollen solche Bestimmungen des Arbeitsvertrages als null und nichtig gelten, welche dem einen oder dem anderen Teile Bedingungen auferlegen, die in flagrantem Gegensatz zu dem Werte des eingegangenen Vertrages stehen. Das Gesetz will die Meinungs- und Glaubensfreiheit wie überhaupt die persönliche Freiheit der Vertragschließenden schützen. Die Gerichte sollen darüber zu entscheiden haben, ob infolge mißbräuchlicher Aufhebung des Arbeitsvertrages dem geschädigten Teile ein Schadenersatz zusteht und ist der andere Teil verpflichtet, die Gründe für die Vermeidung des Arbeitsvertrages anzugeben. Als mißbräuchliche Benutzung des Rechtes, den Arbeitsvertrag aufzuheben, soll besonders jeder Grund angenommen werden, der der Mißachtung des einen oder des anderen Vertrags-schließenden entspringt.

162748



Die die Interesse übernimmt die Verantwortung...

Am 22. d. Mts. verschied nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied, die Kistenmacherin
Elisabeth Molkenteller
 im 34. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit.
 Leicht sei ihr die Erde!
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
 Die Zahlstelle Breslau des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. d. Mts., nachm. 8 Uhr, von der Halle des Erlöserfriedhofes in Oswitz aus statt. 18270

Am 22. März verschied nach kurzem schwerem Leiden unser Mitglied, die Zigarrenkistenmacherin
Elisabeth Molkenteller
 im Alter von 33 Jahren 8 Monaten.
 Ehre ihrem Andenken!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
 Beerdigung: Mittwoch, den 25. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes aus. 18272
 Trauerhaus: Humboldtstrasse 8. Distrikt 9a.

Am 22. März verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unsere brave Parteilgenossin, die Zigarrenkistenmacherin
Elisabeth Molkenteller
 im Alter von 33 Jahren 8 Monaten. 18271
 Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
 Die Genossen und Genossinnen des
Sozialdem. Vereins, Distrikt 9a (Odertor).
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 25. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes aus statt.

Am Freitag, den 20. d. Mts. verschied unerwartet unser wertiges Vereinsmitglied 18268
Gustav Kinner.
 Leicht sei ihm die Erde!
„Eintracht“ Vereinigung Breslauer Drucker- und Arbeiter.

Am 20. d. Mts. starb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Druckereiarbeiter
Gustav Kinner.
 Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm
 Der Verband d. Druckereiarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
 (Zahlstelle Breslau.)
 Beerdigung: Mittwoch, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Elisabeth-Gemeinde in Grünchen. 18266

Am 23. d. Mts. verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schlessler 18266
Richard Kanty
 im Alter von 50 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Verwaltung Breslau).
 Beerdigung: Donnerstag, den 26. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Grünchen.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise der Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau, wie für die vielen Kranzspenden und die trostreichen Worte des Herrn Pastor Bederke am Grabe, insbesondere dem Gesangsverein „Freiheit“ und den Herren Paradeuren sage ich im Auftrage aller Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank. 18255
Paul Heinze
 Restaurateur
 Leuthenstrasse 12/14.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sagen wir allen, insbesondere Herrn Prediger Tschirn, unseren herzlichsten Dank. 18268
Carl Burgand
 und Kinder.

Trauer-Kleidung
 kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
B. Durra Nachf.
 57 Friedrichstrasse 57.

Sozialistische Erziehung
 im Hause von Klara Ducker.
 Preis 40 Pfg.
 Zu beziehen durch Expedition und Kelporteur.

Veranstaltungen und Vereine
Brieg. Gewerkschaftskartell!
 Donnerstag, 20. März, abends 8 Uhr:
Sitzung in der Paulstraße.
 Tagesordnung: Agitation und Statistik
 Berichte
 Neuwahl Frau. Kassiers.
 18267

Stadt-Theater.
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Janssen und Dalia.“
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Jude.“
 Donnerstag 7 Uhr:
 Gastspiel des Kammerjägers
Heinrich Knote
„Erben und Erbs.“
 18212
 Sonnabend 7 Uhr:
 Gastspiel des Kammerjägers
Heinrich Knote
„Lehngarin.“

Lobe-Theater.
 Dienstag, Anfang 7 Uhr:
„Dummbold.“
„Samst. Prinz von Dänemark.“
 Mittwoch 7 1/2 Uhr: 18218
„Als ich noch im Flügelkleide.“
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Die Journalisten.“

Thalia-Theater.
 Mittwoch: Gruppe K. K. Vorstellung:
„Die rote Robe.“
 Donnerstag: „Dummbold.“
 Stoff-Berichtung: 18224
„Die Mütter.“
 Freitag: „Dummbold.“
 5. Abonnements-Vorstellung
„Die rote Robe.“

Schauspielhaus
(Operettenbühne.) Tel. 2545.
 Dienstag, 8 Uhr:
„Brüderlein fein.“
„Der Schleiter der Pierrette.“
 Mittwoch 8 Uhr: 18230
„Juwelwälder.“
 Donnerstag 8 Uhr:
„Brüderlein fe.“
„Der Schleiter der Pierrette.“

Liobichs Etablissement
 Täglich abends 8 Uhr:
Das glänzende Programm
 u. c. 18244
„7 langweilige Seelinnen.“
„Der verrückte Schlegel.“
 Sonntag, den 28. März:
 Nachmittags-Vorstellung.

Viktoria-Theater.
„Der Liebesonkel.“
 Anf. Wochentg. 8, Sonntag 7 1/2 U.
 Nächste Nachm.-Vorstellung:
 Sonntag, den 29. März.
 Bons wochentags gültig. 18249

Ring-Theater
 Ring 47
 (Nachmarktsalle.)
 Täglich ab 3 Uhr:
 Alleiniges Erstaufführungsrecht
 für Breslau.
Ein seltsames Gemälde.
 Großes mystisches Drama in 4 Akten.
 In glühvoller Darstellung zeigt der Film die furchtbare Arche eines betrogenen Mädchens. Der packende Schlager der Gegenwart. 18282
 Inzwischen das neue Programm.

Gegen den Militarismus!
Für das Volksheer!

Die Welt in Waffen
 Kriege und Kriegsgeschichte der Neuzeit von Hugo Schütz
 Mit den besten zeitgenössischen Bildern
 60 Hefte à 20 Pfennig
 Jedes Heft ist reich illustriert
Ein Aufklärungswert für jeden Arbeiter
 Bestellungen nimmt entgegen:
Volksbuch-Verhandlung, Dresden, Neue Grapenstr. 5/6
 Auf Verlangen stellt ein Probeheft kostenlos zur Verfügung

108842

Im Alter
 Ist man empfindlich, Rasch ist eine Erkältung da, und die Stimme ist öfter besetzt und heiser als sonst. Das lästige Gefühl der belegten Stimme vergeht, sobald man ein paar Wypert-Tabletten zu sich nimmt, die immer zur Hand sein müssen und in allen Apotheken u. Drogerien 1 Mark pro Schachtel kosten. Bei Erkältung lindern sie den Hustenreiz und bringen den Kehlkopf schnell zum Schwinden.

Dr. Orgler
 18263 **Frauenarzt**
 bezogen nach
Augustastrasse 44, hochpart.
 (Ehe Hohenzollernstraße.)
 Sprechstunden wie bisher 11-12, 3-5
 Sonntag 10-11.
 Fernsprecher jeht 6164.

Pfänder-Auktion.
 Unwiderruflich 4. April Verl. 5, 2. bis Nummer 41 000. A. Keller, Friedrich-Wilhelmstr. 50. 18256

Nach schiedsrichterlichem Vergleich nehme ich die Verantwortungen gegen die im „gold. Septer“ beschäftigten Kellner, welche am Sonntag die Arbeit dazwischen niedergelegt haben, zurück. 18259
Martin Behschnitt,
 Kupfer- und Schmiedestraße 40.

Pach Schickmann. Vergleich nehme ich die der Frau Ida Sagner, Wriglitzenthal 25, zugehörige Verleibung zurück und letzte Abbitte. 18254
 Moritz Leuchtenberg.

Kaufe gebr. Möbel
 ganze Wohnung- u. Einrichtungen.
 Friedrichstr. 53. Wähler. 18258

Eleg. Sportwagen zusammenlegbar.
 6, 3. verf. Maibach, Bruckstr. 13, 2. 18257

Für 287 Mk.
 komplette Einrichtung, bestehend aus Wohnzimmer, Schlafzimmer und moderner Küche, beste Einr. Kuch. form. 410 Mk. (Mitteldiner 42 Mk., Schrank 28 Mk., Vertiko 38 Mk., Spiegel, grünl. 10 Mk., Robrtstuhl 8,50 Mk., nied. Schuhl. 2 St. mit Umbau, Tisch, Tischstuhl 12,50 Mk., ca. 20. Kleider- u. Tischstuhl reell und billig
Siegfried Brieger
 Kupfer- und Schmiedestraße 24.
 15355 | Str. 1859. — Tel. 9177.
 Zahlung nach Vereinbarung.

Zum Osterfest
 empfehle meinen
 garantiert reinen
Bienen-Honig
 in bekannt vorzüglicher
 Qualität sowie feinsten
Tafel-Honig-Syrup
 Billigste Bezugsquelle
 für Wiederverkäufer.
**Bestestes und größtes
 Versandhaus**
Heinr. Bartels Nachf.
 Altbühnenstraße 48 b
 Ecke Leipzigerstraße. Telefon 2121.

Schürzenmädchen Große Auswahl gebr. u. neu. Möbel u. Aufgehoben Frauen u. Mädchen. Kost. u. elegant. grünl. erlenen. Größtens. 62. Einricht. z. verl. Friedrichstr. 53a Wähler. 4. Etg. gradein. 18258

Königsgrund Lohestr. 45/47
 Morgen: Großes Kränzchen
 Mittwoch: Anfang 7 Uhr.
 Um 11 Uhr: Präsent-Verlosung-Polenta. (Tanzschlesien.) Alle Vorzugskarten gültig.

Günther & Otto
Rohtabakhandlung
Breslau, Reuschestr. 51
 (Niepoldpassage). 157718

In wöchentlichen Raten von nur 50 Pfennigen!!
Wenn eins krank ist in der Familie.
 Medizinisches Volksbuch von Dr. J. Wiedemann.
 Ueber 300 Seiten stark.
 Mit einem Modell des menschlichen Körpers.
Wenn die Kinder größer werden.
 I. Den Müttern heranreisender Töchter.
 II. Den Vätern heranreisender Söhne.
 III. Wie jagt' ich's meinem Kinde?
 Gesamtpreis der beiden Bände, in Seinen gebunden, nur 4,50 Mark, statt 9,00 Mark.
 Zu beziehen durch Expedition und Kelporteur.

Breslauer Schlachthausmarkt. Wöchentliche Berichte über den Fleischmarkt.
 am 28. März 1914. Der Rindvieh betrug: 10 Rinder, 1540 Schafe, 244 Kälber, 142 Schweine, 1000 Hühner und 1000 Gänse. — Rinder, — Schafe, — Kälber, 54 Gänse.
 Es wurden gekauft für 50 Kilogramm.

Lebendgewicht:	Schlachtgewicht:
44-47	75-82
39-42	71-75
29-34	58-68
bis 28	bis 62
44-46	76-79
40-43	73-78
bis 40	bis 80
40-44	70-77
36-40	67-74
30-33	60-68
24-28	58-62
bis 24	bis 59
66-68	102-105
60-65	103-112
54-57	96-102
42-46	84-92
47-48	92-94
39-41	85-89
30-33	60-66
47-48	58-60
46-47	49-60
45-46	58-60
43-45	56-58
42-45	55-58

Breslauer Schlachthausmarkt. Wöchentliche Berichte über den Fleischmarkt.
 am 28. März 1914. Der Rindvieh betrug: 10 Rinder, 1540 Schafe, 244 Kälber, 142 Schweine, 1000 Hühner und 1000 Gänse. — Rinder, — Schafe, — Kälber, 54 Gänse.
 Es wurden gekauft für 50 Kilogramm.

Breslau, 25. März. Feststellung von der Marktnotierungskommission für 100 Kilogramm
 Weizen, gute Qualität der letzten Ernte . . . 17,90 — 18,10 Mk.
 Roggen . . . 14,80 — 14,00
 Hafer . . . 14,20 — 14,40
 Gerste . . . 16,20 — 15,50
 Weizen der letzten Ernte . . . 18,80 — 18,50
 Weizen der letzten Ernte . . . 24,50 — 25,00
 Gerste der letzten Ernte . . . 21,50 — 22,00
 Futtererbsen der letzten Ernte . . . 17,00 — 17,50
 Senf . . . 5,40 — 6,20
 Langstroh . . . 4,20 — 4,80
 Preßstroh . . . 2,00 — 2,40
Breslauer Mehlmarkt.
 Wehl ruhig, per 100 Kilogramm inkl. Sach brutto Weizenmehl 00 ruhig, 25,00-26,00 Mk., Roggenmehl 0 ruhig, 22,50-23,00 Mk., Roggen-Sau- baden ruhig, 22,00-22,50 Mk., Weizen-Sau baden ruhig, 10,60-11,00 Mk., Weizenmehl ruhig 10,60-10,80 Mk.

Kleiner Anzeiger
 Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verleger. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
 Rentats und Sozialdemokratisches von August Bebel 0.10
 Christentum und Sozialismus von A. Bebel 0.10
 Zu beziehen durch die Expedition.
 Abonnenten und Leser der „Volksmacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volksmacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volksmacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volksmacht“ berufen.
 Durch alles dies wird die „Volksmacht“ aktiv unterstützt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. März

Einen Meister des Vortrags

und der gebundenen Rede werden die Besucher des Dichterabends bewundern können, der am nächsten Sonntag im Gewerkschaftshaus zu Ehren Karl Heidecks stattfindet.

Keine Verteuerung der Streckenkarten.

Der Magistrat fordert in einem Antrage an die Stadtverordneten-Versammlung, die Streckenkarten der städtischen Straßenbahn im Preise von 4 Mark auf 5 Mark monatlich zu erhöhen.

Der Statausschuß hat nun in seiner Sitzung am Montag zuerst die Anträge der Sozialdemokraten und des Stadtverordneten Brinke abgelehnt, zuletzt auch die Erhöhung der Streckenkarten von 4 auf 5 Mark monatlich.

Die Erweiterungsbauten der städtischen Pflanzengärten in Herrnhut.

Für nähen, nicht ganz zwei Millionen von Bre für die Erweiterungsbauten an der Pflanzengärten der Stadt Breslau ausgeführt. Die Erweiterung besteht im wesentlichen im Bau von zwei neuen Krankenhäusern und zwar das eine für 165 männliche, das andere für 165 weibliche chronische Kranke.

Schon wenn man sich von Breslau aus mit der Eisenbahn Herrnhut nähert, fallen die beiden neuen Krankenhäuser mit ihren gewaltigen Gebäudefassaden auffällig in die Augen.

Stadt-Theater.

Im Stadt-Theater gastierte am Sonnabend als Bräutigam in der „Götterdämmerung“ Frau Erna Erregots. Auf sich auf Engagements. Die Künstlerin eignet sich wenig für unsere Oper.

Thalia-Theater.

„Die rote Robe“, Schauspiel in vier Akten von Eugène Brieux. Es wird gewiß Leute geben, denen dieses Stück wegen seiner allerdings etwas stark hervorgerückten Tendenz auf die Weibchen fällt.

Wichtig beschränkt sich darauf, diese Schattenseiten der Gattung nur an einem Reizmittel auf zu zeigen; und auch da arbeitet er mit sehr großen, rein äußerlichen Mitteln.

Das Frauenhaus hat seinen Platz südlich von dem jetzigen, eingezäunten Anfallsgelände in einiger Entfernung vom Eisenbahndamm erhalten. Es besteht aus einem schmalen, nur 9 Meter tiefem und 72 Meter langem Mittelbau und zwei seitlich zu diesem gestellten, ebenfalls gleichlangen Flügelbauten von je 33 Meter Länge und 15 Meter Breite.

Das neue Männerkrankenhaus ist östlich von der Altstadt gegenüber dem bestehenden Männerkrankenhaus. Es hat eine langgestreckte Grundrissform von etwa 100 Meter mal 15 Metern erhalten und besteht aus einem hohen Mittelbau mit einem Zwickelbau und drei Obergeschossen.

Der 1. Juli sollten die neuen Krankenhäuser eröffnet werden, doch wurde inzwischen der Eröffnungstermin auf den 1. Oktober verschoben. Die Neubauten sind äußerlich vollständig fertig, der Ausbau ist aber noch nicht beendet.

Steuer-Erleichterungen für den Haus- und Grundbesitz

hatte jüngst der Statausschuß der Breslauer Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Er schlug vor, die Umsatzsteuer für b bante Grundstücke von 1 Prozent auf 1/2 Prozent zu ermäßigen und den Reichsanteil der Wertzuwachssteuer zu streichen.

Der Nachtrag zum Adreßbuch 1914 erscheint Mitte April und wird an alle Abnehmer der Hauptausgabe unentgeltlich verabfolgt. Zur Erreichung einer größeren Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten dringend gebeten, Anmeldungen für den Nachtrag möglichst umgehend, spätestens bis zum 4. April, der Redaktion des Adreßbuchs, Junkernstraße 41/43, an der Wetzlarstraße, zu lassen.

Die Familienbeihilfe an die städtischen Arbeiter

ist am Montag kurz im Statausschuß besprochen worden. Es handelte sich zunächst darum, die nötigen Mittel in das Haupt-Extraordinarium einzustellen. Die Entscheidung darüber wurde bis zur nächsten Sitzung am Freitag vertagt.

Laut dem Antrage des Magistrats, der jetzt den Stadtverordneten vorliegt, sollen alle Arbeiter, die ein Jahr in städtischen Diensten stehen und zwei und mehr Kinder haben, die Familienbeihilfe bekommen und dafür 230.000 Mark ausgegeben werden.

Inzwischen hat der Magistrat die näheren Vorschriften über die Beihilfe dem Statausschuß mitgeteilt, und daraus ist zu ersehen, daß jetzt im ganzen 100.000 Mark gefordert werden, also 70.000 Mark weniger. Die Familienbeihilfe ist, was der Magistrat jetzt nach einem neuen Beschlusse vorschlägt, allen städtischen Arbeitern mit drei und mehr Kindern monatlich nachher zu zahlen und beträgt monatlich bei 3 Kindern 9 Mk., bei 4 Kindern 11 Mk., bei 5 Kindern 12,50 Mk., bei 6 Kindern 13,50 Mk., bei 7 Kindern 14 Mk., für jedes weitere Kind 2 Mk. mehr.

Städtisches Schulmuseum, Paradiesstraße 25/27. Vom April an ist das Museum mit Ausnahme der Ferien jeden Mittwoch und Sonnabend von 4 bis 6 Uhr und außerdem, zunächst verjüngt, auch noch an jedem ersten Sonntag im Monat von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

„Durch alle Welt“. Die heutige Nummer enthält eine Beilage über die reich ausgestattete Wochenschrift „Durch alle Welt“, worauf wir besonders hinweisen. Diese Wochenschrift ist durch die Volkswacht-Publication zu haben.

Über den Unfall eines Oberführers im Stadt-Theater verhandelte am Montag die 3. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts. Der Oberführer Emil B. wurde verurteilt, am 3. Oktober 1913 bei der Aufführung des „Holländer“ er stürzte und erlitt eine Gehirnerschütterung des Kopfes und eine Verletzung des Knies, die ihn dauernd beim Gehen und Stehen behindert.

Ein Kind von der Straßenbahn überfahren und getötet.

Auf dem Leichnam wurde am Montag nachmittags ein fünfjähriger Knabe von einem Straßenbahnzuge der Gürtelbahn überfahren und auf der Stelle getötet. Nach Aussage von Augenzeugen ist der Knabe (Sohn eines Schriftsetzers) von der Mohauptstraße unmittelbar vor dem Straßenbahnwagen erfasst worden.

Marktallendiebstahl. Montag vormittags gegen 10 1/2 Uhr wurden einer Frau in der Markthalle 1 aus ihrem mit doppeltem Verschluss versehenen Handbäckchen 24 Mk. gestohlen. Sie merkte jedoch erst den Verlust, als sie die eingekaufte Ware bezahlen wollte.

Einbruch. Am Sonntag ist die Wohnung eines Tischlermeisters auf der Wabnitzstraße erbrochen worden; der Dieb hat alle Behälter in der Wohnung gewalttätig geöffnet und durchwühlt; offenbar um Geld oder Wertgegenstände zu finden. Er muß aber vergeblich gewesen sein, denn es ist nichts gestohlen worden.

Bermischtes.

Deutsche „Kunst“ im Auslande.

Wien, 23. März. Beim Eintreffen der beiden Monarchen, Wilhelm II. und Franz Josef, D. N. im Schloßhof von Schönbrunn stimmte der dort aufgestellte Leipziger Männergesangsverein das Lied „Hell Dir im Siegerkranz.“ an, das die beiden Kaiser mit Salutieren quittierten.

Also nun „Heil dir im Siegerkranz“ zu singen, müssen deutsche „Sänger“ ins Ausland fahren. Was mögen die Oesterreicher sich nun von der Frage des deutschen Gesanges für einen Begriff machen. — Es ist ke das Verhängnis aller Vorkämpfer, daß ihnen das Gefühl für Geschmack verloren geht.

Ein neues Fernschiffboot. Wie „Mc. Clures Magazine“ berichtet, hat der amerikanische Ingenieur John Dags Dammond ein Fernschiffboot konstruiert; es ist ein schnelllaufendes Fahrzeug, das der Erfinder von der Küste des Pifse dringloser Telegraphie bis zu einer Entfernung von nahezu elf Kilometer vollkommen sicher und zuverlässig lenken und steuern kann.

Geburt von Häftlingen. Großes Aufsehen rief in Wolezka bei Lufanowice (Polen) die Geburt von fünf Häftlingen hervor. Die dort wohnhafte Papierwarenfabrikant Schmidmann gab auf einmal fünf Kinder, die sämtlich lebend zur Welt kamen. Laut Angabe der Mutter kommt die Geburt von fünf Kindern zu gleicher Zeit bei 4-5 Millionen Geburten nur einmal vor.

Kinojahn.

„Seemannskind“ ist der Titel eines kinematographischen Romans der Firma Gaumont, der gegenwärtig im Lauen- bten- Theater vorgeführt wird. Es handelt sich um ein recht interessantes Stück, das gleichmäßig eine äußerst raffinierte Technik verrät.

Außer diesem Stück wird ein überaus lustiges Verhör Stück „Die Perle“ aufgeführt. Einem dritten Stück, „Das Glück mit der goldenen Kralle“ verleiht man bei der Länge der Vorstellung wegen Zeitmangels nicht mehr Aufmerksamkeit.

Die rote Woche der Konservativen.

Der erfreuliche Umstand, daß wir im Bezirk Breslau während der roten Woche 2589 neue Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins und 1862 neue Leser der „Volkswacht“ gewonnen haben, erfüllt die konservative Partei mit verständlichem Mitleid. Sie legt sich alle Finger nach diesen Hunderten und läßt aufs neue folgenden Hilferuf erschallen:

Sehr geehrter Herr!

Anliegend beehren wir uns, Ihnen die Satzungen des Deutsch-konservativen Vereins für die Stadt Breslau mit der Bitte zu überreichen, gefälligst davon Kenntnis zu nehmen und Ihre Interesse für die konservative Sache durch den Beitritt zum Vereine betätigen zu wollen. Es ist dringend notwendig, daß nicht allein bei Wahlen, sondern auch in der Zwischenzeit sich die Männer konservativer Gesinnung zusammenschließen und eine Volkstift unterhalten, die unser Vaterland groß gemacht hat und wirtschaftlich gesund erhalten wird. Nur durch einheitliches und geschlossenes Vorgehen kann ein Erfolg über die rührseligen politischen Gegner, besonders die Sozialdemokratie, die täglich dreierlei ihre unstillbaren Ziele zeigt und unsere Staatsverfassung bedroht, erreicht werden.

Indem wir auf Ihre Mitwirkung hoffen, bitten wir ergebenst, die beifolgende Anmeldekarte ausgefüllt an unseren Vorsitzenden, Herrn Geheimen Regierungsrat Gschwiler, Breslau 1, Tschirnstraße 18, zu senden, wobei wir bemerken, daß der Beitrag jährlich mindestens 50 Pf. beträgt.

Der Vorstand

des Deutsch-konservativen Vereins für die Stadt Breslau.

Vom Kommerzienrat, Geheimen Regierungsrat und Landesrat bis zum Schornsteinfegermeister haben alle möglichen „Stände“, besonders aber die abhängigen Beamten, den Hilferuf unterzeichnet, ein Arbeiter befindet sich flüchtig, aber nicht darunter. Trotz der — 50 Pfennige Jahresbeitrag, den der konservative Verein seinen Mitgliedern als Leistung für die Bekämpfung der Sozialdemokratie zumutet, 50 Pfennige im Jahre, das ist knapp 1 Pfennig Wochenbeitrag.

Man darf mit dem Patriotismus nie beim Geldbeutel anfangen. Diese Ueberzeugung scheint sich dem Konservativen Verein Breslau recht gründlich aufgedrängt zu haben. Nieder mit der Sozialdemokratie — wenn's nichts kostet!

Von der Haus-Agitation.

Ein treuer Leser schreibt uns:

Wer sich bemüht, unausgesetzt im Interesse des proletarischen Volkes zu wirken, wird durch die Erfahrungen bei der Agitation zu immer reichlicherer Tätigkeit angezogen. Wie oft muß er hier klagen hören von den Kleinen Geschäfts-inhabern über den unerhörten Terrorismus, den der sogenannte Mittelstand, die gehobenen Klassen, auf sie ausüben. Das sind die Kreise, die nicht selten genug in das Getöse über den Terrorismus der Arbeiter hineinblenden können. Ich wünschte, aber, die Arbeiter brächten nur halb so viel Kraft wie diese auf, um den Geschäftsleuten klar zu machen, wer es eigentlich ist, der ihnen zum größten Teil ihre Existenz sichert. Es wird keinem aufgeklärten Arbeiter einfallen, dem Geschäftsinhaber zu verbieten, die Waren in eine Zeitung zu werfen, die seinem (des Arbeiters) Interesse zuwiderhandelt, wie es von diesen Leuten tatsächlich geschieht. Niemand verlangt, daß der Geschäftsmann gleich auf unser Programm schwört, aber jeder Arbeiter möchte unbedingt als Konstantum beantragen, daß dieser auch die Arbeiterfrage berücksichtigt.

Welch unerhörter Terrorismus aber von den Behörden, vor allem von der Eisenbahnverwaltung, selbst auf die fleischlich entlohnnten Arbeiter ausgeübt wird, davon bekommt man einen Begriff, wenn man an den Taten dieser geistig geknechteten Proletarier anknüpft. Von diesem Mitleid, aber gleichzeitig auch von Empörung wird man erfüllt, wenn einem aus diesen „Wohnungen“, aus denen alle Not und Armut entgegenströmt, die Worte hören muß: „Ich bin Beamter, ich kann nicht.“ Freilich mag mancher, dem all der furchtbare Druck zum Bewußtsein gekommen ist, seinem Herzen Luft über das erbärmliche Demunstantium, das in solcher Blüte steht. Ein Stubennachbar prant dem anderen nicht. Gibt es eine größere Seuchepilz, als die, daß stets über den Terrorismus der Arbeiter geklagt wird, und der Staat selbst diese jämmerlich entlohnnten Arbeiter geistig und wirtschaftlich knechtet. Es kann meines Erachtens für einen Klassenbewußten Arbeiter nichts Schöneres geben, als diesen entrechteten Klassenangehörigen immer und immer wieder das Bewußtsein des Sozialismus verkünden zu gehen. Der allem, was Menschenanständig trägt, ein menschenwürdiges Dasein, Recht und Freiheit beschaffen wird.

Der Darlehensschwindel

blüht in Breslau noch immer: viele Leute scheinen unfehlbar zu sein, denn sie lassen sich trotz aller Warnungen nach wie vor von frechen Menschen begaunern.

Das Schöffengericht verurteilte am Montag eine Darlehensschwindlerin zu sechs Wochen Gefängnis. Im „Breslauer General-Anzeiger“ konnte man im Dezember 1913 eine Anzeige der Buchhandlungsreisenden Emma Marschall lesen, wonach sie auf der Mühlstraße ein Darlehensbüro errichtet habe. Massenweise meldeten sich Leute, die da allen Ernstes glaubten, von der Reisenden ein Darlehen zu erhalten. Sie haben natürlich, wie in allen ähnlichen Fällen, nicht einen Pfennig bekommen. Die Darlehenssuchenden zahlten an die Reisende 2 Mark (Einschreibekasse), aber auf die Darlehen warteten sie noch heute. Einer der Betroffenen zeigte schließlich die vorbereitete Marschall an und das Gericht verurteilte sie wegen mehrfachen Betruges. Wir können nur wiederholt davor warnen, sich mit den sogenannten Darlehensgebern irgendwie einzulassen. Wenn keine leichten paar Groschen lieb sind und Geld borgen will, der gehe in kein „Darlehensbüro“.

Schiff nord. Ein Hausknecht wurde am Montag vor-mittag in einem Grundstück auf der Kupferlamiebelstraße erhängt aufgefunden. Das den 21 Jahre alten Mann dazu bewogen hat, seinem Leben ein Ende zu machen, ist unbekannt. Die Leiche wurde ins Schanzenhaus überführt.

Anfall eines Radfahrers. Auf der Agnesstraße fuhr am 23. d. M. nachmittags ein Laufburche mit seinem Rade in einen dort stehenden stählernen Müllabfuhrwagen hinein. Er kam zu Fall und verstaubte sich seinen linken Fuß so schwer, daß er mittels Droßke nach seiner Wohnung geschafft werden mußte.

Anfall auf der Straße. Montag nachmittags ist auf der Klosterstraße eine 73 Jahre alte Witwe beim Absteigen von der Straßenbahn von einem Fuhrwerk überfahren worden. Die Frau erlitt eine klaffende Wunde an der Stirn und mußte in ein Krankenhaus geschafft werden.

Eine Leiche im Spiegelkasten. Am Montag wurde in einem Mülltransportwagen auf der Siebenbürgenstraße ein Mann tot aufgefunden. Er hatte sich in den Spiegelkasten des Wagens gelegt, weil er abdacht war, und ist dort vom Lohse ertötet worden. Nach dem bei ihm vorgefundenen Bescheinigungszettel war er Reichel und war ungefähr 50 Jahre alt. Die Leiche wurde ins Schanzenhaus geschafft.

Schüsse am Montag. Am Montag eine Masse von der Spinnerei, die dringend verdächtig ist, Knüttel und Bretzen wider das leinende Leben begangen zu haben. — Ein

hiesiger Kaufmann wurde festgenommen, weil er in vier Fällen Uebervorteil gestohlen hat.

Reine und Versammlungen.

Gewerkschaftskongress Breslau. In der Sitzung am Freitag hält der Schriftsteller Richard Waldt aus Berlin einen Vortrag über „Gegenwart und Zukunft, Probleme der wirtschaftlichen Schwäche in Deutschland.“ Ferner steht auf der Tagesordnung der Geschäftsbericht des Gewerkschaftshauses über das Jahr 1913.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Auf des Meisters Schneide.

Eine Gemeindevahl, wie sie vielleicht in keiner Gemeinde des ganzen Kreises möglich ist, fand am 20. März in Oswitz statt. Die Wahlbeteiligung betrug rund 90 Prozent. Die Arbeiter, welche den Kreismeister Leber und als Ersatzkandidat für einen verstorbenen Vertreter den Genossen Gentschel aufgestellt hatten, fanden keine Wahl. Namentlich der letzte Kandidat muß es den Wählern angetan haben, denn vom Arbeiterverein angefangen bis herab zum Jungdeutscherbund, Gesangverein usw. versuchte alles sein Möglichstes, um den bürgerlichen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Aber sie fanden ebenbürtige Gegner. Das zeigte sich sofort bei Besetzung des Wahlvorstandes. Hier wollten die Bürgerlichen einen Ueberrumpfungsvorstoß bei den Vorschlägen machen. Das wurde sofort von einem Genossen durchkreuzt. Die beiden Meister wurden von uns gewählt. Nun wollte der Gemeindevorsteher die Ergänzungs- und Ersatzwahl in einem Wahlgang vornehmen. Dem wurde vom Genossen Gentschel widersprochen. Es kam nun zu einer erregten Auseinandersetzung, welche schließlich unser Genosse durch Beibringung eines oberverwaltungsgerichtlichen Urteils ein Ende zu machen in der Lage war. Beide Wahlen fanden gesondert statt. Bei der Ergänzungswahl auf sechs Jahre wurde der von uns aufgestellte Kreismeister Leber mit 88 gegen 86 Stimmen gewählt. Die Partie bis zur Ersatzwahl wurde nun von gegnerischer Seite in geradezu bewundernswürdiger Weise ausgeführt. Leber mit geringem Erfolg, denn es gelang ihnen nur noch, den Restaurantbesitzer Schaub zu heranzuschleppen. Die Spannung stieg aufs Höchste, als der Protokollführer das Abstimmungsergebnis bekanntgab. Es erhielten Stimmen: Schaub 87, Gentschel 88.

Das war ein Scherz, aber darum um so erfreulicherer Sieg. Die Arbeit unserer Freunde war nicht vergebens gewesen. Unsere Gegner aber werden sich schon mit ihrer Niederlage abfinden müssen. Es war nicht die letzte.

In der zweiten Abteilung konnte ein endgültiges Resultat nicht erzielt werden. Auf Verlangen des Wahlvorstandes wird Freitag, den 27. März, abends 7 Uhr, eine Stichwahl zwischen den Restaurateuren Pasche und Mackner stattfinden. In der ersten Abteilung wurden die Herren Stolle und der Besitzer einer Konfitürenfabrik, Herr Röhrich, durch die Vollmacht der Firma Casar Wolfheim in Ostel gewählt. (?)

Was die Wahl der dritten Abteilung anbelangt, so mögen hier vielleicht noch einige Worte am Platze sein. Gegen die Arbeiter stimmten geschlossen sämtliche Gehilfen der Firma Casar Wolfheim. Wie dies möglich war, wollen wir nicht unteruchen. Zeitgleich ist aber bis jetzt, daß nicht einer die Einbuße am entgangenen Kreisverdienst zu verzeichnen haben wird, wie das bei manchem Familienvater der Fall ist, der unseren Genossen wählte. In geschlossener Masse, mit Ausnahme von Zweien, stimmten sämtliche Geschäftsleute gegen uns. Die Zahl der abgegebenen Stimmen stimmten überflüssig alles bisher Dagewesene. Uns stand wiederum nur die Stimme der Frau Lubetzky zur Verfügung. Wenn wir trotzdem streiten, so war es nicht zuletzt die Hilfe aller braven Freunde, die sich in den letzten Tagen in den Dienst unserer Sache stellten, sehr zum Vergnügen des Herrn Hoffmann.

Groß-Möbeler. Es geht vorwärts. Zu den diesjährigen Gemeindevahlen hatten unsere Gegner und namentlich die Leitung der hiesigen Zuderfabrik alle Kräfte in Bewegung gesetzt, um einen Sieg der Arbeiter zu verhindern. Als ihr Kandidat bekannt wurde, wandten sie alles an, um auch den letzten Mann an den Wahlstisch zu bringen. Der Gemeindevorsteher ließ anzulangen von einem zum anderen, um für die ihm genannten Kandidaten zu werben. Da auch im Fabrikbetriebe nur die unbedingt nötigen Leute arbeiten durften, gelang es noch einmal, die Arbeiter von der Vertretung auszuschließen. Mit Hilfe der Fabrik überredete der Herr Direktor Jezzard seine Sklaven. So manchem sah man es an, daß es nur dem Zwange geschah. Wenn aber alle Organisationen zur Wahl erschienen wären, hätten wir trotz dem gefiegt, denn die Fabrikleitung hatte nur 111 Stimmen erhalten, während wir 90 auf unseren Kandidaten vereinigten. Ueber zwanzig unserer Wähler, darunter sogar Parteigenossen, waren nicht erschienen. Wir etwas mehr Eifer müssen wir das nächste Mal das Mandat holen. Gemacht wurde der Hausbesitzer August Rinke.

In der zweiten Abteilung hatten die Angehörigen den Versuch gemacht, gegen die Herrschaft der Fabrik einen Kandidaten durchzubringen. Trotzdem aber von 38 Wählern über 20 für diesen in Frage kamen, beteiligten sich nur 11 an der Wahl, und so wurde denn der Vertreter der Fabrik, Hr. König, mit 14 Stimmen gewählt. Nun dürfte aber mit dessen Wahl ein Verstoß gegen die Landgemeindevahl vorgekommen sein, denn in der zweiten Abteilung ist schon ein Nichtwähler, und da bekanntlich zwei Drittel der Vertretung aus Wählern bestehen muß, wäre die Wahl ungültig und die Angehörigen würden bei einer eventuellen Neuwahl die Ehre auswaschen können. Jedenfalls wäre es nur zu begrüßen, wenn der Einfluß der Fabrik gebrochen würde. — In der ersten Abteilung wurde ebenfalls der Fabrikkandidat, Gärtnermeister Stankle, mit 5 gegen 2 Stimmen gewählt.

Der ganze Verlauf der Wahl hat aber gezeigt, daß die Fabrik so ziemlich am Ende ihrer Kräfte angelangt ist. Bei einigermaßen zielbewusstem Zusammenarbeiten von Angehörigen und Arbeitern muß es gelingen, sie aus der Gemeinde zu verbannen. Ob aber auf bürgerlicher Seite der Wille dazu vorhanden ist, wird die Zukunft lehren. Die Arbeiter werden jedenfalls ihrer Mann stellen.

Neueste Nachrichten.

Demission des japanischen Kabinetts.

Wien, 24. März. Infolge der Meinungsverschiedenheiten beider Kammern über die Einschränkung des japanischen Flottenbauprogramms und Ablehnung des Budgets durch das Parlament hat das Kabinet den Rücktritt erklärt, zurückzutreten. Der Rücktritt wird durch Erlass des Mikado bis zum 25. März vertagt.

Der Waffengebrauch des Militärs.

Berlin, 24. März. Wie der Münchener Korrespondent des „V. Z.“ im bayerischen Kriegsministerium authentisch erfährt, ist jetzt tatsächlich eine Einigung zwischen den Bundesstaaten über den Waffengebrauch des Militärs erzielt worden und wird in den nächsten Tagen amtlich bekannt gegeben werden. Es sei jedoch ein großer Irrtum, daß eine einheitliche Regelung des Waffengebrauchs in allen Bundesstaaten erreicht sei. Bei den jetzt zum Abschluß geführten Verhandlungen habe es sich von Anfang an nur um den Erlass gleichlautender Bestimmungen für Elsaß-Lothringen, nicht aber für das ganze Reich gehandelt. Tatsache bleibe, daß die für Elsaß-Lothringen neu formulierten, für alle dort stationierten verschiedenen Bundesgruppen einheitlichen Bestimmungen dem Sinne nach in den wesentlichen Punkten das gleiche besagen, wie die omnibuse Kavallerieorder von 1890.

Frau Hamm bleibt vorläufig frei.

Düsseldorf, 24. März. Das hiesige Oberlandesgericht hat gestern die Beschwerde der Staatsanwaltschaft des Schwurgerichts Elberfeld gegen die Wiederaufnahme des Verfahrens in Sachen der Witwe Hamm und gegen deren Freilassung verworfen, so daß in einigen Wochen Frau Hamm abermals vor den Geschworenen stehen wird.

Die Weigerung der Offiziere.

London, 24. März. Wie spät abends gemeldet wird, hat der Brigadegeneral Gough seine Demission, die er letzten Freitag eingereicht hatte, zurückgezogen und hat sich bereit erklärt, das Kommando der Kavalleriebrigade in Curragh zu übernehmen. Man erfährt neuerdings, daß eine große Aufregung im militärischen Lager von Ulster herrsche, wo 75 Prozent der Offiziere ihre Absicht kundgegeben haben, gegen die Ministerie die strengsten Befehle hierzu erteilt werden sollte. Die unionistische Partei hat die Absicht, eine Nationalversammlung für diejenigen Offiziere zu veranstalten, die vom Kriegsministerium gezwungen werden würden, ihre Demission wegen ihrer Haltung in der Ulsterfrage zu geben.

Kußstand in Neu-Kamerun.

Antwerpen, 24. März. Aus dem Kongogebiet hier eingetroffene Reisende berichten von einem ausgedehnten Kußstand in dem von Frankreich an Deutschland abgetretenen Neu-Kamerun-Gebiet. Große Teile des Kabula-Stammes, eines der mächtigsten und kriegerischsten Negerstämme, hätten sich erhoben und den Versuch gemacht, die deutsche Herrschaft abzuschütteln. Verschiedene Gerichte im belgischen Teile des Kongogebietes besagen, das deutsche Gouvernement hätte eine Strafexpedition unter Führung des Leutnants von Raven abgeandt. Diesem sei es nach vielen schweren Kämpfen gelungen, die Aufstandsbewegung niederzuwerfen und die feindlichen Stämme nach heftigem Kampfe zu gestreuen. Auf Seiten der Aufständischen sollen etwa 160 Krieger gefallen sein. Die Strafexpedition habe nur geringe Verluste erlitten.

Bevorstehender Rücktritt des Kabinetts Doumergue?

Paris, 24. März. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Demission des Kabinetts Doumergue tauchen heute abermals in äußerst hartnäckiger Form auf. Sie gewinnen dadurch an Boden, daß keinerlei offizielle Demission veröffentlicht werden. Der Grund für eine etwaige Demission besteht hauptsächlich darin, daß tatsächlich durch das Ausschneiden Caillaux und Mouis dem Kabinet Doumergue der reine radikal-sozialistische Charakter, den es bisher hatte, genommen worden ist. Wie aus glaubwürdiger Quelle berichtet wird, fand gestern abend zwischen den Ministern eine längere Konferenz statt, die jedoch kein Resultat ergeben haben soll. Jedenfalls kann man den Gedanken einer Demission des Kabinetts Doumergue nicht von der Hand weisen. Es ist bereits der Name eines Nachfolgers für Doumergue genannt worden. Es ist dies Deleasse, doch handelt es sich hier nur um Vermutung. Die Regierung hat ihrerseits verkünden lassen, daß sie nicht die Absicht habe, den Endtermin der Wahlen, der auf den 26. April festgesetzt ist, zu verschieben.

Die Unterjuchung gegen die Frau Caillaux.

Paris, 24. März. Im weiteren Verlauf der Unterjuchung wurde gestern abend noch der Komponist Jibor Delara und die Prinzessin d'Esttrader verurteilt, die bis vor kurzem beim „Figaro“ den mondainen Teil bearbeitet hat. Die Prinzessin, die eine intime Freundin von Frau Caillaux war, soll dieser mitgeteilt haben, daß Calmette beabsichtigt, Privatbriefe zu veröffentlichen, die an sie gerichtet waren. In der Tat lagte Delara aus, daß die Prinzessin d'Esttrader bei einem Dejeuner der Fürstin von Monaco, die in Paris lebt und gleichfalls als Zeugin vernommen werden soll, erzählt habe, Calmette habe einer Person 30.000 Francs für die Beschaffung von Privatbriefen angeboten, die Caillaux an seine jetzige Gattin vor ihrer Verheiratung geschrieben habe.

Kundgebungen für und gegen Caillaux.

Marseille, 24. März. Hier kam es gestern zu schweren Ausschreitungen politischer Natur. Studenten und Gymnasialisten veranstalteten eine große Demonstration gegen Caillaux. Sie zogen in einer Stärke von mehreren hundert Mann durch die Hauptstraßen der Stadt, unter Vermittlung der Polizeipräsidenten kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Manifestanten. Einige hundert Meter entfernt hatte sich eine Gegenmanifestation gebildet, die unter Hochrufen auf Caillaux auf die Studenten eindrang. Es kam zu einer wilden Schlägerei, in deren Verlauf die Polizei eine größere Anzahl von Verhaftungen vornahm. Erst nach längerer Zeit gelang es den Polizeimannschaften, die Ruhe wiederherzustellen.

Gür eine Million Spizen beschlagnahmt.

Petersburg, 24. März. Das Zolldepartement hat bei einigen großen Konfektionsfirmen Haus-suchungen nach geschmuggelten Spizen vorgenommen, und für eine Million Spizen ohne Zollplombe konfisziert lassen. Die Firmen beaupten, daß das Vorgehen des Zolldepartements sie ruiniere, da sie durch die Beschlagnahme nicht nur ihren Kredit im Auslande verlieren, sondern auch enorme Verluste erleiden werden. Die Konfiskation landten gestern eine Deputation zum Finanzminister, um die Freigabe der beschlagnahmten Spizen zu erbitten. Die Beschlagnahme beruht nach den Angaben der Firmen auf einem Mißverständnis, denn alle Spizen seien ursprünglich verzollt gewesen. Das Zolldepartement besteht jedoch darauf, daß die Firmen den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptung führen.

Frankfurt a. M., 24. März. In der Strafsache zwischen dem Mannheimer Rechtsanwalt v. Dardor und dem bayerischen Landtagsabgeordneten Albrecht von Neustadt an der Spree, in der es sich um mehrere Millionen handelt, ist gestern Landtagsabgeordneter Albrecht verhaftet worden.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Mitteltelmaen aus den Theaterbureaus.

Schauspielhaus (Operetten-Bühne). Heute, Dienstag wird die einaktige Operette 'Brüderlein fein' und die Pantomime 'Der Schleier der Pierrette' wiederholt.

Schlesien und Posen.

Die rote Woche in der Provinz Posen.

Nach den bisher vorliegenden Teilberichten sind 140 neue Mitglieder, darunter 36 weibliche und 29 Volkswachtleser gewonnen worden.

Steindorf, Kr. Olsan, 24. März. Auf zur Gemeindevahl. Die Arbeiter und Genossen von Steindorf, auch die Frauen, die auswärts in Arbeit sind, werden nochmals dringend eingeladen.

Olsan, 24. März. Versuchter Mord. Das bierreich-polnische Arbeiterpaar Drey, das in Begleitung eines fünfjährigen Sohnes sich auf der Wanderfahrt nach Breslau befand, lebte in fortwährenden Unfrieden.

Reisterwitz, 24. März. Achtung, Gemeindevahlertage! Am 27. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Rille die Wahl zur Gemeindevertretung statt.

Wansen, 24. März. Ueber schlechte Behandlung durch den Fabrikarbeiter Dorn beklagen sich die Zigarrenarbeiter der bekannten Zigarrenfabrik A. Reimann von hier.

Zoppendorf, Kreis Strehlen, 24. März. Für die Gemeindevahlerewahl stellte eine am Sonntag im Schwabebelchen Gasthaus zu Zoppendorf stattgefundene Wählerversammlung als Kandidaten auf den Hausbesitzer Traugott König und den Maurer Rich. Kitzschl.

Hirschberg, 24. März. Von einem Attentat auf einen Militärposten berichtet der 'Boten' folgendes: In der Nacht zum Montag gegen 3 Uhr sind von dem Posten

des Jägerbataillons am Zeughaus in der Papsenstraße drei Schüsse abgegeben worden. Der Posten behauptet, bei dem Rundgange durch den Garten des Zeughauses, in dem jetzt das neue Kammergebäude erbaut wurde, habe er plötzlich einen Mann vor sich gesehen.

Jauer, 24. März. Was vor Reid und Neger ist das liberale 'Jauerische Tageblatt' über die Erfolge der Sozialdemokratie in der 'roten Woche'.

Das Ergebnis der roten Woche wird im 'Vorwärts' veröffentlicht. Danach will die Sozialdemokratie in 100 namentlich aufgeführten Wahlkreisen 66 300 neue Mitglieder und 53 100 neue Abonnenten für die sozialistische Presse gewonnen haben.

Wenn die Liberalen in ihrer angekündigten schwarz-goldenen Woche in ganz Schlesien so viel neue Mitglieder aufbringen, als wie die Sozialdemokraten in den drei genannten schlesischen Wahlkreisen, dann können die Herrschaften mit ihrer 'Verbearbeitung' zufrieden sein und wir sind sicher, daß das 'Jauerische Tageblatt' vor Freude Bäume schlägt.

Olsan, 24. März. Stadtrügel auf den Wagen. Bekanntlich sollte am Sonntag, den 17. März, auf dem Grundstück des Steinlopfers Anders im hohen Jers. v. a. ein feierliche Volksversammlung unter freiem Himmel abgehalten werden, die aber im letzten Augenblicke verhindert wurde.

Radibisch-Mühldorf, 24. März. Opfer des Unwetters. Sonntag früh wurde der Zimmermann Paul Prechtler aus Duerbach am Ausoansee unterm Dorfe auf der Straße nach Duerbach tot aufgefunden.

Neustadt O.S., 23. März. Vom Stadtparlament. Die Anstellung des Radibischers Rasper und des Raffendierers Riegel vom 1. April findet die Billigung der Stadträte.

Verkauf der Windmühlhäuser bewilligt werden. Die Maler- und Anstreicherarbeiten im Infektionsgebäude des Krankenhauses werden dem Malermeister Langer zum Preise von 2618,55 Mark, die Lieferung der Seile für die Badenanlage dem Drogerkaufmann Golbus übertragen.

Badze, 24. März. Unter schwerem Verdacht. Eine von hier kommende Lehrerin soll ihr Kind in der Nähe von Murov aus dem Eisenbahnzuge geworfen haben.

Posen, 24. März. Seltsame Erziehungsmethoden einer Ordnungsfähigen. Unter der Beaufsichtigung, seine eigene siebenjährige Tochter mittels einer Klopfpeitsche auf die entblößten Körperteile derart geschlagen zu haben, daß die Behandlung als grausam zu bezeichnen sei, hatte sich der Regierungsdirektor Oskar Betermann vor dem Schöffengericht zu verantworten.

Posen, 24. März. Unfall eines Militärfliegers. Leutnant v. Raschke von der hiesigen Fliegerkavallerie stürzte am Sonntagabend einen Doppeldecker nach Thorn, wo er glatt landete.

Margonin, 24. März. Schadenfeuer. In Wilhelmstreu löschte ein großes Schadenfeuer fünf Gebäude mit allen Erntevorräten und Maschinen ein.

Jaroschin, 24. März. Einen blutigen Mordakt verübte in der Nacht zum Sonntagabend der Landwirt Nowitzki in Langelsfeld an seinem Schwager, dem Landwirt Stengel, mit dem er seit längerer Zeit infolge eines Prozesses in erbitterter Feindschaft lebte.

Briefkasten.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr mittags. B. Frankfurterfrage. Sie müssen die Rassenbeiträge zahlen.

Fortsetzung des Breslauer Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Advertisement grid for various businesses including Kaufhaus Adler, Kaufhaus Friedländer, Kaufhaus Westend, Zimmerling, Uhr- und Goldwaren, Frenzel, Wäsche, Trikotasen, Hauschneider, Spielwaren, Stempelmaschinen, and others.

Deutscher Reichstag.

239. Sitzung, Montag, den 23. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: von Falkenhayn, Kühn, Arzile.

Nach debattierender Erledigung einiger kleiner Vorlagen und Rechnungen wird das Etatgesetz mit der Veränderung angenommen in zweiter Beratung, daß einige neue Beamtenstellen im Postetat mit in das Gesetz aufgenommen werden.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtragsetats für 1913 betr. den Erwerb des Grundstücks Viktoriastraße 34 für die Militärverwaltung.

Die Kommission beantragt die Bewilligung der als erste Rate geforderten 2500000 Mk., unter Uebernahme des Titels aus dem Militäretat in den Etat des Reichsschatzamts, mit der Eingewandlung, daß die Zweckbestimmung des Grundstücks späterer Beschlußfassung, zu der die Zustimmung des Reichstags eingeholt ist, vorbehalten bleibt, und daß die Verwaltung im übrigen ermächtigt ist, das Grundstück zu veräußern, falls mindestens der Selbstkostenpreis erzielt wird.

Der Reichstag beantragt die Kommission dazu drei Resolutionen. Erstens soll die Frage des Rechtsanspruches des Reichs alsbald geprüft und dem Reichstag darüber berichtet werden, ferner sollen Taufgeschäfte über Grundstücke in Zukunft etatsrechtlich ebenso behandelt werden wie Kaufgeschäfte, und drittens wird der Reichstagskanzler um beschleunigte Vorlegung eines Reichswirtschaftsgesetzes ersucht.

Abg. Stüden (Soz.):

Durch die Vorlage soll eine Angelegenheit zum Abschluss gebracht werden, die seit Jahr und Tag sehr viel Staub aufgewirbelt hat. Es handelt sich hier um einen Verstoß gegen das Budgetrecht des Reichstags, um den Verlust einer Verfassungsverletzung. Dem Reichstag wird eine Rechnung präsentiert, die weit über 5 Millionen hinausgeht, die aufgestellt wurde von einem Schiedsgericht, von dessen Zusammenlegung der Reichstag keine Kenntnis hatte. Die Kommission hat sich dahin entschieden, daß der Reichstag in den Jahren 1912/13 und für den Betrag aufnehmen müsse. Der Kriegsminister meinte in der Kommission, damit, daß dem Reichstag diese Vorlage zugehe, sei um Indemnität gebeten. Darnach scheint er eine sehr verklärte Auffassung von dem Begriff Indemnität zu haben. Wenn die Regierung das wollte, müßte sie im vorigen Jahre herrens erklären, wir haben ein, daß wir gegen die Verfassung verstoßen haben, und bitten um Indemnität. Jetzt nachdem das Schiedsgericht den Militärzinses verurteilt hat, dem Reichstag erklären, er solle die ausübend 5 Millionen bezahlen, damit würde man zugleich um Indemnität nach, das heißt dem Reichstag alles und alles. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nein, Indemnität ist nicht nachgeschickt worden, der Reichstag ist vor eine vollendete Tatsache gestellt worden. Ich behaupte, daß die Militärverwaltung mit voller Absicht darauf hinwirkte, das Budgetrecht des Reichstags bei dem großen Geschäft, das gemacht werden sollte, vollkommen auszuhebeln. Deshalb muß der Reichstag mit aller Schärfe dieses Vorgehen verurteilen, damit die Herren von der Militärverwaltung einsehen lernen, daß die Bestimmungen der Verfassung nicht allein für uns, sondern auch für die nächsten, damit nicht ein zweites Mal versucht wird, den Reichstag zunächst in der Weise zu hintergehen, und dann vor eine vollendete sehr unangenehme Tatsache zu stellen. (Präsident Kämpf: Ist den Ausdruck „Indemnität“). Ich werde versuchen, die Sachlage so darzustellen, wie sie ist, und hoffe, daß eine solche Angelegenheit den Reichstag noch niemals beschäftigt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es dient sich beinahe um den

Neubau eines Gebäudes für das Militärkabinett.

Bereits 1902 wurde vom Reichstag der Bau eines solchen Gebäudes Ecke Prinz-Albrechtstraße und Königsplatzstraße abgelehnt und in Hinblick auf die schlechten Finanzen des Reichs. Die sind inzwischen nicht besser geworden, sondern vor allem durch die Schuld des Militarismus noch schlechter. Der Chef des Militärkabinetts H. v. Lyncker drängt aber seit langem darauf, daß ein eigenes Gebäude für das Militärkabinett und vor allem für ihn eine luxuriöse Dienstwohnung hergestellt werde. Ich bin überzeugt, daß gerade dieser letztere Wunsch die treibende Kraft bei der ganzen Frage gewesen ist. Wir haben wiederholt betont, daß wir die ganze Einrichtung des Militärkabinetts verurteilen, daß wir in ihm eine militärische Nebenregierung sehen. Aus einer Schreihilfe zu den Kaiser, die es eigentlich sein sollte, ist es eine Justiz geworden, die auf dem Umwege über den Kaiser dem Kriegs-

ministerium Aufträge erteilt. Der Kriegsminister v. Heeringen bekräftigt, daß ihm vom Militärkabinett ein Auftrag erteilt werden könne. Direkt gerichtet, aber die beiden Herren sind ja zum Vortrag beim Kaiser zugelassen, und was der Chef des Militärkabinetts wünscht, geht dem Kriegsminister als Befehl des Kaisers wieder zu. Als Verwaltungsbehörde sollte aber das Militärkabinett dem Kriegsminister unterstellt sein. Seine Wirkung vermögen wir zahlenmäßig am besten an Hand des Pensionsetats zu erfassen, der beinahe ausschließlich in die Höhe geht. Für die Wirklichkeit des Militärkabinetts ist der Kriegsminister verantwortlich, obwohl er nicht den mindesten Einfluß darauf hat. Das Kriegsministerium stellt eine militärische Nebenregierung dar, und zwar eine unverantwortliche, und ist die

Letzte Stütze des persönlichen Regiments.

Daß der Kriegsminister für Dinge verantwortlich ist, auf die er keinen Einfluß hat, ist ganz unhaltbar, und es ist bezeichnend, daß sich immer noch Herren finden, die bereit sind, in solchem Fall die Verantwortung zu übernehmen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Räume des Militärkabinetts sind unzureichend geworden. Am einfachsten wäre es, dem Chef des Militärkabinetts den Wohnungseldauschuß zu geben — er beträgt 15 000 Mark, und dafür ist wohl auch für einen preussischen General eine würdige Wohnung zu bekommen! Dann würden genügend Räume frei werden. Das Militärkabinett braucht aber gar nicht in der teuren Gegend der Behrenstraße zu stehen, es könnte ganz gut auf dem Tempelhofer Felde errichtet werden, wo auch das Bezirkskommando erbaut ist. In das Bezirkskommando müssen jährlich zehntausende Berliner Bürger gehen, die Offiziere, die dem Militärkabinett unterstellt sind, haben persönlich dort sehr wenig zu tun, und die blauen Briefe, die von dort versandt werden, kommen in ganz gleicher Weise an, ob sie am Tempelhofer Felde oder in der Behrenstraße aufgegeben werden. (Sehr richtig!) Aber der Chef des Militärkabinetts wünschte ein luxuriöses Dienstgebäude in der teuren Viktoriastraße mit einer Dienstwohnung von 16 Zimmern und einem Festsaal. Da möchte ich doch fragen, ob das mit der

So viel gerühmten militärischen Einfachheit

in Einklang steht. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Militärverwaltung wußte, daß sie ein solches Gebäude auf aradem Wege nicht bekommen würde, und deshalb suchte sie es auf sehr bedenklichen Umwegen zu erreichen. (Präsident Kämpf: Erleichtert den Redner, die parlamentarischen zulässigen Grenzen nicht zu überschreiten.) Als rettender Engel erschien eines Tages im Kriegsministerium ein Herr v. Winterfeldt, der sich als Bauinspektor vorstellte. Mit ihm wurde verabredet, daß man gegen die Grundstücke in der Behren- und Königsplatzstraße die Villa in der Viktoriastraße und das daneben befindliche Grundstück mit einem zu errichtenden Militärdenkmalgebäude und dann noch das Grundstück Wilhelmstraße 78 eintauschen wolle. Herr v. Winterfeldt ließ damals gar nichts, aber hinter ihm stand die Dresdener Bank, die das nötige Geld gegen 6 Prozent Zinsen und monatliche Provision zur Verfügung stellte. In der Viktoriastraße ist ein dreistöckiges Gebäude errichtet und der Reichstag dann vor die vollendete Tatsache gestellt worden. Das ganze kleine Gebäude brach aber zusammen, als der preussische Landtag das Grundstück haben wollte, das die Militärverwaltung dem Herrn von Winterfeldt verprochen hatte, und es brach völlig zusammen, als die Sache an den Reichstag kam. Der Staatssekretär erklärte damals, das Budgetrecht des Reichstags sei gewahrt, denn alle Abmachungen seien hingenommen worden, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstags. Der Staatssekretär Kühn hatte also keine Kenntnis von dem, was im Kriegsministerium vorging. Bei der Verhandlung im Reichstag erklärte auch der Kriegsminister v. Heeringen, bestimmte Zusicherungen hätte man Herrn von Winterfeldt machen müssen, doch sei das Reich in keiner Weise gebunden. (Hört, hört! bei den Soz.) Jetzt aber zeigt sich, daß bindende Abmachungen mit Herrn v. Winterfeldt und seinen Wintermännern getroffen waren. (Hört, hört!) Die Kommission lehnte die Sache damals ab und im Museum wurde die Forderung seitens der Regierung zurückgezogen. Damit schien die Sache für uns erledigt, Herr v. Winterfeldt hat aber den Militärzinses verklagt und sich mit ihm geeinigt, die Sache einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Von diesem Schiedsgericht hatte der Reichstag keine Kenntnis; allerdings hatte der Staatssekretär Kühn in seiner langen Rede vom 2. Dezember darauf hingewiesen und zugleich gesagt, daß das Verfahren vor dem Schiedsgericht noch käme; aber dieser Fallus seiner Rede war nicht beachtet worden. Das Schiedsgericht hat nun entschieden, daß das Reich an die Dresdener Bank einschließlich Zinsen, etwa 3 1/2 Millionen Mark, zu zahlen habe, oder das Grundstück in der Viktoriastraße übernehmen müsse.

zum Preise von rund 3 Millionen Mark. Das Reich ist danach mindestens um 2 bis 2 1/2 Millionen Mark geschädigt. Das Schiedsgericht hat festgestellt, daß man im Kriegsministerium den Plan hatte, die Angelegenheit außeretatsmäßig durchzuführen (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), indem ein Unternehmer auf einem ihm gehörigen Gelände unter Aufsicht des Ministeriums ein Gebäude errichten und dieses gegen ein anderes Grundstück dem Ministerium übergeben sollte. Dazu hielten die Herren sich für berechtigt. Die Resolution der Budgetkommission erklärt das Gegenteil. Der frühere Kriegsminister v. Heeringen sagte, der Chef des Militärkabinetts habe bei der ganzen Sache nicht mitgewirkt. Das Schiedsgericht aber stellt fest, daß das Grundstück Viktoriastraße 31 „nach dem Vorschlag des Chefs des Militärkabinetts“ in Aussicht genommen wurde. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Jahre 1911 ist die Sache an, ohne daß dem Reichstag von dem Millionensprojekt Mitteilung gemacht wurde. Im Kriegsministerium sind die Baupläne ausgearbeitet worden, die Bauausführung ist von einem Beamten des Kriegsministeriums überwacht worden, und da will man sagen, das Kriegsministerium habe sich nicht gebunden. In dem Prozeß machte das Kriegsministerium den Einwand, bindende Abmachungen seien mit Herrn v. Winterfeldt nicht getroffen worden, denn notariell sei gar nichts abgemacht worden. Dabei hatte Herr v. Winterfeldt einen Brief aus dem Kriegsministerium erhalten, worin bemerkt wird: „Wenn das Kriegsministerium Ihnen einen solchen Brief schreibt, so ist das mindestens so sicher, wie eine notarielle Beglaubigung“. Und dann beruft man sich nachher darauf, es sei nichts notariell abgemacht worden. (Hört, hört! bei den Soz.)

Ein parlamentarisches Kundrum

für ein solches Vorgehen gibt es nicht. Im kaufmännischen Leben würde das eine Verletzung des Grundgesetzes von Treu und Glauben bedeuten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Kriegsminister damals ausspricht, ein Unternehmer wäre bereit, auf eigenes Risiko den Bau herzustellen, so möchte ich wirklich wissen, wie es mit der gewissenhaftigkeit eines Bauunternehmers aussähe, der ein Grundstück kauft, dort ein Dienstgebäude für das Militärkabinett baut und einrichtet, und wenn alles fertig ist, dem Kriegsministerium erklärt: Nun bitte, erwägt einmal, ob Ihr mir das abnehmen wollt! (Gelächter.) Gegenüber der Erklärung des Kriegsministers in der Kommission, daß er trotz alledem, was vorgegangen sei, das Gebäude für das Militärkabinett rektorierte, hat die Kommission das Gebäude dem Reichsschatzamt überwiesen, mit dem Auftrag, es

wenn möglich zum Selbstkostenpreise zu verkaufen.

Daraus geht klar hervor, daß die Mehrheit der Kommission und wohl auch die große Mehrheit des Reichstags nicht damit einverstanden ist, daß ein solches Gebäude für das Militärkabinett errichtet wird. Den Resolutionen der Kommission stimmen wir zu. Es muß festgestellt werden, welche Beamten mit ihrem Vermögen für die Millionen, um die das Reich belastet ist, haftbar gemacht werden können. Die Schuldigen sind zwar alle vom Schauplatz ihrer Tüchtigkeit verschwunden. Aber ich will doch da, und man kann sie verantwortlich machen. Auch muß die Frage geprüft werden, ob denn der Reichstagskanzler von den Dingen gar nichts gewußt hat, und ob er nicht auch irrtümlich gemacht werden kann. — Dringend notwendig ist es ferner, daß die Rechte der Verwaltung in dem verlangten Reichswirtschaftsgesetz genau abgegrenzt werden. In der Kommission wurde keine. Da könnte man ja einen schönen Tages auch den Reichstag verhaften gegen irgend ein anderes Gebäude! (Gelächter.) Es muß also festgestellt werden, daß die Regierung kein Recht hat, Taufgeschäfte zu machen, bei denen die Vermögenssubstanz des Reichs erheblich beeinträchtigt werden kann. Die ganze Angelegenheit ist wieder einmal ein Ausbruch des Machtwillens des Militarismus, der hier versucht, das Budgetrecht des Reichstags auszuschalten, sich über die Verfassung hinwegzusetzen. Das zeigt, wofin die Fahrt geht, und nur ein geschlossener Widerstand des Reichstags kann das deutsche Volk vor größerem Schaden bewahren. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schiffer (Natl.): Der Reichstag ist sich wohl einig, daß das anfängliche Vorgehen der Militärverwaltung mit dem Budgetrecht des Reichstags nicht verträglich ist. Der gegenwärtige Kriegsminister hat das auch unumwunden zugegeben. Das Vertrauen zur Regierung ist dadurch auf eine überaus schwere Probe gestellt worden, und das ist das Beträübteste an der Angelegenheit. Den Resolutionen der Kommission stimmen wir zu.

Abg. Gothein (Vpl.): Sämtliche Parteien des Reichstags sind sich einig, daß bei den Vorgängen, die zu dem Taufgeschäfte geführt haben, das Budgetrecht des Reichstags verletzt worden ist. Bei dem Schiedsgerichtsurteil ist der Fiskus noch

Aus aller Welt.

Zwei Frauen und ein Kind vom D-Zug überfahren.

Am Mittwoch nachmittag wurden zwischen Barnstorf und Drebber vom D-Zug 94 zwei Frauen und ein zweijähriges Kind beim unbefugten Ueberschreiten des Gleises überfahren. Eine Frau und das Kind wurden getötet, die andere Frau wurde schwer verletzt.

Großfeuer in einem Baumwollager.

In einem Baumwollager in Bombay (Indien) ist am Montag morgen aus unbekannter Ursache ein Großfeuer ausgebrochen. Der vorläufige Schaden wird auf 16000 Ballen geschätzt, die einen Gesamtwert von 10 Millionen Mark haben. Der Brand dauert noch fort.

Zweierlei Recht.

Man schreibt uns aus Brüssel: Ein reicher Brüsseler Bankier, der kürzlich vorzüglich zwei Menschen niedergelassen hat, um sich selbst Gerechtigkeit zu verschaffen, er sucht den Justizminister, das Gefängnis verlassen zu dürfen, um sein mit dem Tode ringendes Kind noch einmal zu sehen. Der Justizminister ist menschlich und gestattet dem Mörder, das Kind zu sehen.

Ein junger Brüsseler Arbeiter befindet sich unter dem Verdacht, eine Kaminaarntur gestohlen zu haben, in Untersuchungshaft. Die alte Mutter liegt auf dem Sterbebette und der Sohn möchte sie noch einmal sehen. Die Wohnung ist eine Viertelstunde vom Gefängnis entfernt. Aber der Justizminister ist unmenschlich und verweigert die Erlaubnis.

Es gibt nicht nur eine Klassenjustiz, sondern auch eine Klassenmenschlichkeit auf dieser Welt. Dem Bankier-Mörder wird eine kleine Reise gestattet, um sein Kind zu sehen, der eines Diebstahls verdächtige Arbeiter, der vielleicht Wertlosen um ein paar Frank entwendet hat, darf nicht ein paar Straßen weiter, um seiner sterbenden Mutter die Augen zuzubringen. Der Herr Justizminister ist natürlich Mitglied der Christenpartei.

Studentenexzesse in einem russischen Dorf.

Schwere Ausschreitungen sind durch angeblich ausländische Studenten der Freiburger Bergakademie in dem Orte Klein-Schirma verübt worden. Bei einem Karpienschmaus in einem Gasthause benahmen sich mehrere ausländische Studenten derart ungehörig, daß sie aus dem Saale gewiesen wurden. Daraufhin beschimpften die Studenten die anderen Gäste, nannten sie „deutsche Schweine“ und schlugen mit Schlagruten und Gummiknüppeln auf die Gäste ein. Mehrere Personen wurden erheblich verletzt. Es ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden.

Dreißig Jahre Gefängnis für einen Auß.

Eine ungeheuerliche Barbarei der Justiz, die nur dann in milderem Lichte erscheinen kann, wenn man annimmt, daß die dabei beteiligten Richter ihrer Sinne nicht mächtig waren, wird aus Kalifornien gemeldet: Ein junger Neger namens Guyton hatte sich, von den Reigen einer weißen Schönen gebildet, verzeihen lassen, daß junge Mädchen zu umarmen und zu küssen. Bei einem Weissen wäre der Uebergriff durch einige Dollar Buße gesühnt worden, da es sich aber um einen Angehörigen der verhassten schwarzen Rasse handelte, wurde das „Verbrechen“ für so schwerwiegend erachtet, daß dem Obersten Gerichtshof in Los Angeles eine Strafe von dreißig Jahren Gefängnis als angemessen erschien.

Das wahnsinnige Urteil hat selbst unter den Weissen berechtigtes Aufsehen erregt. Es wird beabsichtigt, beim Präsidenten Wilson dahin zu wirken, daß das Urteil kassiert wird. Ebenso angebracht wäre es, die Richter wegen verbrecherischen Mißbrauchs ihres Amtes unter Anklage zu stellen. Der zehnte Teil der dem Neger zugedachten Strafe würde sie für alle Zeit gründlich von ihrem Berufswahnsinn kurieren.

Segler von einem Djeanrieseu überrannt.

Aus Flekkford wird gemeldet, daß der Danwiser „Voraaa“ der Frederik Olsen'schen Dampfschiffgesellschaft dort den Kapitän und 5 Mann des deutschen Schoners „Vemo“ gelandet hat, der Donnerstag morgen gegen 1/2 Uhr vor der holländischen Küste von dem deutschen Danwiser „Kaiser Wilhelm der Große“ überrannt worden war. Der Kapitän und fünf Mann konnten sich in einem Rettungsboot ohne Muder retten; die übrigen drei Mann der Besatzung sind wahrscheinlich ertrunken. Der „Kaiser Wilhelm der Große“ konnte, jedoch die

umhergetriebenen Seeleute im Dunkel der Nacht nicht sehen und setzte daher seine Fahrt fort. 8-9 Stunden lang trieben die fast unbekleideten Männer in dem Boole umher, bis sie von der „Voraaa“ aufgenommen wurden. Der Kapitän der „Vemo“ erzählt, daß er durch einen Schrei aufgeweckt wurde. Er sprang aus der Koje; während er die Treppe hinaufstieg, fand der Zusammenstoß statt. Er behauptet, daß das Unglück auf einen Manöverfehler des „Kaiser Wilhelm der Große“ zurückzuführen ist.

„Frühlings“-Anfang in England. Der kalendernäßig für Sonnabend angekündigte Einzug des Frühlings brachte England ein heftiges Winterunwetter mit starken Schneefällen, Hagel und Graupelschauern, begleitet von einem heftigen Sturmwind und elektrischen Entladungen. In Derbyshire liegt der Schnee mehrere Zoll hoch auf den Strahlen. Viele Schiffe suchten suchend die Häfen auf, an die Küste werden die Schiffstrümmern angepökt. Der Sturm hält an.

Ein Wuchererprozeß begann am Montag in Berlin gegen eine Anzahl Kaufleute, Agenten, Rentiers, Hypothekendarsteller usw. Die Angeklagten haben hauptsächlich Offiziere bewacht. Es sind ca. hundert Offiziere als Zeugen geladen. Der Mittelsmann zwischen Offizieren und Wucherern soll ein verstorbenen Mittelsmann von Preussisch gemacht haben. Die Verhandlung dürfte Wochen in Anspruch nehmen.

Ein russisches Kriegsschiff gescheitert. Bei Vela in nordwestlichen Norwegen ist das russische Kanonenboot „Bajan“ auf eine Klippe gerannt. Da eine heftige See ist, ist die Lage des Schiffes sehr gefährlich. Bisher sind vergeblich Versuche gemacht, um die Besatzung zu retten.

Professor Barnads Leiche gelandet. Am Montag früh wurde im Graben des Besseghermer Elektrizitätswerkes die Leiche des Stützigarter Professors der deutschen Literatur und Poesie an der Technischen Hochschule, Dr. Barnads, der seit dem 22. Februar verschwunden war, gelandet und in das Leichenhaus gebracht.

Dem eigenen Vater erschossen. Sonntag nach dem Anstich des letzten Juges in Loewenich bei Lachen hat dort ein gewisser Albert Wagner seinen ältesten Sohn am Aufgang zum Bahnhof durch einen Schuß getötet und sich dann der Polizei gestellt. Zwischen Vater und Sohn soll seit langem ein ungesundes Verhältnis bestanden haben.

Die Alkoholikerk. Der Kellner Werthaller Lams be suchte seinen Bruder, den Landmann Tams in Wöhlbe bei Bergenheim. Nach einem Bechgelage garteten beide in Streit, in dessen Verlauf der Landmann seinen Bruder mit einem Brotmesser erschlug.

ang gut gefahren, am Ende kommt vielleicht gar kein Verlust heraus. Aber wichtiger ist die Frage der Verletzung des Budgetrechts, und deshalb darf das Militärkabinett seinen Willen auf keinen Fall durchsetzen.

Das ist auch der Sinn der Resolution der Budgetkommission, der wir zustimmen. Die Resolution, die ein Wirtschaftsausschuss fordert, ist ein alter Vadenhölzer, den ich hier schon vor 30 Jahren getroffen habe. (Beifall.) Erreicht werden wir mit der Resolution kaum etwas, aber natürlich stimmen wir zu. (Beifall bei der Wpt.)

Reichsfinanzsekretär Kühn: Jrgend eine absichtliche Verletzung des Budgetrechts des Reichstags ist nicht vorgekommen. Keine Landgeschäfte von Grundstücken, die ablat aufgehen, halten wir für zulässig; bei größerem Umfang sind wir freilich der Meinung, dem Reichstag sollte Mitteilung gemacht werden, was leicht geschehen kann, indem man ein Landgeschäft in zwei Kaufgeschäfte aufteilt. In der Verwaltung bestand einige Zeit hindurch die Ansicht, es handle sich auch hier um ein reines Landgeschäft. Von dieser Ansicht kam die Reichsleitung zurück bereits zu einer Zeit, als in der Öffentlichkeit noch garnichts von der Sache bekannt war. Diese Tatsache gibt wohl die Gewähr, daß auch in Zukunft so verfahren wird, und daß zu einem Mißtrauen kein Anlaß vorliegt.

Abg. Ledebour: (Soz.): Nur die Weisungen des Militärkabinetts müßte einzuhalten werden, da ja letzten Endes das Militärkabinett der Schuldige an der Verletzung des Budgetrechts ist. Wenn nach der Vermutung des Abg. Gothein letzten Endes das Reich keinen Schaden erleiden wird, so bleiben doch die Kosten des Verfahrens vor dem Schiedsgericht mit etwa 80.000 Mk., die ebenfalls unter die Regerepflicht fallen. Deshalb ist es nötig, die Regerepflicht mit allen Konsequenzen in Anspruch nehmen, wir kriegen von den Regerepflichtigen 80.000 Mk. eher als 3 Millionen Mk. und die Lehre, die dem betretenden erteilt wird, ist dieselbe. (Sehr wahr!) Der Kriegsminister hat ja auch in der Budgetkommission gesagt: Unter meiner Verwaltung kommt so etwas nicht vor! Ein gebrauchter Kriegsminister scheint eben das Feuer. Die Auffassung des Schiedsrichters Kühn, daß bei reinen Landgeschäften der Reichstag nicht gefragt zu werden braucht, könnte dazu führen, daß z. B. auch das Reichstagsgebäude gegen ein anderes Grundstück eingetauscht wird, ohne daß dem Reichstag Kenntnis gegeben wird.

Wir müssen also darauf bestehen, daß auch bei allen Landgeschäften die Genehmigung des Reichstags nachgesucht wird. Wir müssen uns das durch Ausübung unseres Budgetrechts erzwingen. Völliges Vertrauen zwischen Bundesrat und Reichstag kann nie vorhanden sein, denn es handelt sich hier um einen Kampf um die Macht. Eine endgültige Lösung solcher Fragen ist nur durch Herstellung des wahren Konstitutionsstatus möglich, wo der Reichstag zu bestimmen hat und die Regierung nur das ausführende Organ ist. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dove: (Fr.) Die Erklärung des Staatssekretärs entbehrt auch für mich der genügenden Klarheit. Landgeschäfte müssen ebenso behandelt werden, wie Kaufgeschäfte. Im Privatleben nennt man einen Tausch unter Umständen Schenkung. (Sehr wahr! links.)

Reichsfinanzsekretär Kühn: Ich habe nur gelang grundsätzlich hat die Regierung das Recht, reine Landgeschäfte ohne Zustimmung des Reichstags zu machen. Ich habe aber weiter hervorgehoben, daß trotzdem die Finanzverwaltung in der Regel die Zustimmung des Reichstags bei solchen Geschäften eingeholt hat und einholen wird.

Kriegsminister v. Falkenhahn: Die Vertreter des Kriegsministeriums, die hier angezogen worden sind, waren allerdings, indem sie die erwähnten Verpflichtungen eingingen, und die Militärverwaltung sowie die Volksvertretung erwidern, etwas getan, was sie bei einem Geschäft wie dem vorliegenden, das kein reines Landgeschäft war, meiner Ansicht nach nicht tun dürften. Aber man soll die Sache doch nicht so hart ansehen, denn sie haben jedenfalls geglaubt, ein vorzügliches Geschäft für das Reich zu machen und auch jetzt ist es noch ein wenigstens erträglich. — Der Ober des Militärkabinetts hat bei der Sache nur wohl mitgeteilt wie jeder Bauer an einem Bau mitwirkt der für ihn, resp. eine Behörde angeführt wird. Von einer luxuriösen Wohnung ist keine Rede. Der sogenannte Restaal ist 10 Meter groß, also wie eine gute Berliner Stube. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Das Gebäude ist auch nicht dieser Wohnung wegen ausgeführt, sondern um neue Arbeitsräume zu schaffen. Wenn weiter das Verhältnis des Kriegsministeriums zum Ober des Militärkabinetts erörtert wurde, so will ich nur folgendes sagen. Man hat so sehr das Budgetrecht des Reichstags betont — um ich bin gewiss einverstanden, daß es auch strengstens beachtet wird —, aber wenn man sich dafür auf die Verfassung beruft, so beruft die Verfassung andererseits auch, daß die Finanzverwaltung des Reichstags die Verantwortung für die Ausführung des Kriegsministeriums trägt. Also wenn Sie das ändern wollen, müssen Sie die Verfassung ändern. Im übrigen wird sich ja im Laufe einiger Wochen Gelegenheit bieten, auf diese Fragen näher einzugehen.

Abg. Gothein: (Vollst.): Nach der letzten Neubearbeitung des Reichsfinanzsekretärs möchte ich nur wünschen, daß er grundsätzlich in der Frage der Landgeschäfte nicht mehr nach Grundlagen handelt (Weiterkeit und Sehr wahr! links.)

Abg. Ledebour: (Soz.): Der Kriegsminister hat die Beamten seines Ressorts damit zu entschuldigen gesucht, daß sie geglaubt hätten, es handle sich nur um ein gutes Geschäft für das Reich. Darin irrt er. Das gute Geschäft hätte nur das Militärkabinett gemacht, für das Reich ist es kein gutes Geschäft, wenn es 3 Millionen für ein Gebäude herbeibringt, das mit 1 oder 2 Millionen auch herzustellen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Kriegsminister weiter jagte, der Ober des Militärkabinetts sei der Bauer erweisen, so hat er doch damit zugestanden, daß der Ober des Militärkabinetts über das Kriegsministerium hinaus in dieser Sache einen maßgebenden Einfluß geübt hat. Diese Ueberordnung des Militärkabinetts befragen wir ja gerade und wir befinden uns in der eigentümlichen Lage, daß wir das Kriegsministerium gegen unberechtigte Einflüsse des Militärkabinetts verteidigen müssen. Dem Kriegsminister selbst ist es vielleicht nicht unverständlich, wenn mit dieser unfernen Verfassungserklärung zurechtgerückt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Dr. Spahn: (Zentr.): Die Kommission hat nicht beabsichtigt, daß das Gebäude nicht zu Zweck des Militärkabinetts verwendet werden darf. Die Verwendung bleibt vielmehr später Reichsfinanzkommission vorbehalten.

Die Abg. Ledebour (Soz.), Gothein (Vollst.), Siedler (Soz.) betonen, daß der Beschluß der Kommission allerdings den Sinn hatte, das Grundstück dem Militärkabinett zu einzutreten. Wenn die Mehrheit des Reichstages anders beschließen, handle sie wider Treu und Glauben.

Abg. Spahn: (Zentr.): Die Motive des Kommissionsbeschlusses liegen dem Reichstag nicht zur Verfügung vor. Uebrigens kann über das Grundstück immer nur unter Zustimmung des Reichstages entschieden werden.

Die Debatte schließt. Der Nachtragetat wird bewilligt und da niemand widerspricht, sofort auch in dritter Lesung angenommen.

Die von der Kommission beantragten Resolutionen werden angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichstagskabinetts.

Abg. Stolle (Soz.) kritisiert ausführlich das System der Einzahlweise. (Vizepräsident Dove erwidert ihm wiederholt, nur die finanzielle Seite der Frage zu erörtern.) Das System der Einzahlweise verneuert vor allem auch die Lebensmittel, deren Verbilligung im Interesse des Volkes hingearbeitet werden muß. (Hrsg! h. d. Soz.)

Abg. Schulerzberg (Natl.) weist darauf hin, daß die Unterbreitung beim Reichstagskabinett mit dem Wohnungsgeldzuschuß nicht auskommen.

Abg. Prinz-Bonaparte-Carolath (Natl.) bittet, daß die Einzelnen, daß die Veteranenbeihilfe noch weiter, auf 180 Mk. erhöht, erhöht werde.

Abg. Wapp-Waden (Kons.): Wir werden der Resolution der Kommission zustimmen, die die Veteranenbeihilfe auch den Nichtkombattanten gewähren will.

Generalmajor v. Langemann: Als Kriegsteilnehmer gelten alle Personen, die zu kriegerischen Operationen verwendet worden sind, gleichgültig ob sie an einem Gefecht teilgenommen haben oder nicht.

Abg. Bruchhoff (Vnl.) führt Beschwerde, daß zur Gewährung der Beihilfe der politischen Gesinnung der Nachstehenden nachgespielt werde.

Reichsfinanzsekretär Kühn: Ein solches Verfahren ist gleich nicht zulässig.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Bei der Anerkennung der Veteranenbeihilfe spielen politische Momente entgegen dem Gesetz immer noch eine Rolle. Auch sonst kommen in einem und demselben Orte erhebliche Ungleichheiten vor. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nicht einmal der Nachbater des Gesetzes wird eingehalten, von einer weitestgehenden Auslegung kann erst recht nicht die Rede sein. Die Resolution der Kommission wird sicherlich eine einstimmige Annahme finden.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Baumann (Zentr.), Behrens (Wirtsch. Vgl.), Dr. Arendt (Ntl.) schließt die Debatte; die Resolution der Kommission wird einstimmig angenommen.

Der Etat wird bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr (Anfragen, Rechnungen, Etat für Kaufschuß). Schluß: 7 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhause.

56. Sitzung, Montag, den 23. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Die Äolier Eingemeindung.

Zu der fortgesetzten ersten Beratung Äolier

Abg. Dr. v. Brünning (Kons.) schwerwiegende prinzipielle Bedenken gegen die Eingemeindungen überhaupt, die die Selbstständigkeit aller Gemeinden vernichten und deren Notwendigkeit in vorliegendem Fall nicht nachzuweisen sei.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Wir sind für die Eingemeindung. Wir wissen, wie Köln durch die Rayonbeschränkungen leidet und wie namentlich die Umwandlung der inneren Stadt in eine Gema. in ein Geschäftszentrum, die Erziehung gesunder Volkswohnungen bei dem manuellen Terrain erschwert oder gar verhindert.

Abg. Schmieding (Zentr.) erwidert, den Geleichenwurf ohne Kommissionsberatung anzunehmen.

Abg. v. Pappenberg (Kons.) schließt sich dem Vordemmer an

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Wir haben gemäß nicht die Absicht die Verhandlungen des Hauses aufzuhalten, doch sind wir zu der Meinung gelangt, daß eine Kommissionsberatung des vorliegenden Entwurfes notwendig ist, da die Fassung des Geleichenwurfes nicht die erforderlichen Garantien, die wir verlangen, bietet.

Abg. Dr. Siepmann (Natl.): Wir bekräftigen den vorliegenden Geleichenwurf und stimmen für ihn auch ohne Kommissionsberatung.

Abg. Sieck (Natl.) und Abg. Otto (Fr.) schließen sich den Ausführungen des Abg. Siepmann an.

Nachdem sich noch die Abgg. Eckhoff (Vollst.) und Dr. Sieder (Ztr.) für die Vorlage ausgesprochen hatten, wird diese an die verordnete Kommissionsberatung überwiesen.

Dazu liegt ein Entwurf vor, der eine Abänderung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung vorschlägt und eine Vereinfachung und Vereinerlichung des Verfahrens der Ueberweisung Minderjähriger an die Fürsorgeerziehung bezweckt.

Minister v. Dallwitz führt zur Begründung des Entwurfes aus, daß der Entwurf einem vielfach zur Sprache gekommenen Bedürfnis Rechnung tragen will. Es handelt sich dabei darum, im Interesse der gefährdeten Minderjährigen ein reiches Eingreifen der Behörden zu ermöglichen und die Durchführung des Gesetzes auf Zuhilfenahme zu diesem Entwurf.

Abg. Girsch (Soz.): Nachdem die Redner aller Fraktionen bereit sind, dem Geleichenwurf ohne Kommissionsberatung zuzustimmen, ziehen auch wir unsere Anregung auf Kommissionsberatung zurück. Wir haben uns schon früher bei der Beratung des Antrags Schmieding in demselben Sinne wie die Fraktionen ausgesprochen; wir haben stets betont, daß wir es da, wo Verwirklichung droht, für notwendig halten, so schnell als möglich einzugreifen. Inwiefern der Entwurf, die wir sonst dem Fürsorgeerziehungsgesetz gegenüber fechtbar und der Kritik, die wir an der Ausführung des Gesetzes zu machen haben, nehmen wir diese Stellung dem vorliegenden Geleichenwurf gegenüber ein.

Aus dem Bericht über die Fürsorgeerziehung geht hervor, daß die meisten Kinder, die in vorläufigen Fällen unter der Fürsorgeerziehung überwiegen werden, Eltern angehören, die entweder mit dem Strafrecht in Konflikt gekommen waren oder solchen Eltern, die ihre Kinder den Tag über ohne Aufsicht lassen. Das sollte uns lehren, nicht nur einzugreifen, wenn Verwahrlosung droht, sondern dafür zu sorgen, daß Ursachen aus der Welt zu schaffen, welche die Fürsorgeerziehung nötig machen. Nicht nur in den Großstädten, sondern auch in kleineren Städten bleiben zahlreiche Kinder ohne Aufsicht, und zwar meistens solche, deren Eltern entweder beide den Tag über auf Arbeit sind, oder die nur eine Mutter haben, die in einer Fabrik ihr Brot verdienen muß. Hat ein Staat ein Kind gibt es allein in Berlin 20.000 solcher aufzichtslos verlassener Kinder. Der Staat und auch die Kirche haben bisher viel zu wenig getan. Mehr als durch diese Novelle — mit der wir übrigens einverstanden sind — wird erreicht werden, wenn der Staat Mittel zur Unterstützung derjenigen Vereine bewilligt, die sich der Fürsorgeerziehung Kinder annehmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei der nächstjährigen Gesetzgebung werden wir einen entsprechenden Antrag stellen und hoffen auf die Zustimmung der Mehrheit des Hauses. Das Geld, das wir dafür ausgeben, wird welche Früchte tragen und uns die Ursachen für die Fürsorgeerziehung doppelt und dreifach ersparen. (Beifall bei den Soz.)

Damit ist die erste Lesung beendet und in sofort anschließender zweiter Lesung wird das Gesetz angenommen.

Hierauf wird die Beratung des Etats fortgesetzt. Der Etat des Staatsministeriums, der Generalordnungs-Kommission und der Oberrechnungskammer werden ohne Erörterung angenommen. Ebenso der Etat der Geleichenverwaltung in Berlin, nachdem ein Antrag v. Strombeck (Zentrum) billige Verlehrs-ausgaben solcher Geleiche, deren Kenntnis für weite Kreise der Bevölkerung wichtig ist, herzustellen, abgelehnt wurde. Ebenso wird der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Etat der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse angenommen.

Dienstag: Anordnungs-Bericht. Schluß 5 Uhr.

Schlesien und Posen.

Weitere Gemeindegewahlziege.

Der prachtvollen Erfolge unserer Partei in der roten Woche schließen sich die jetzt überall stattfindenden Gemeindegewahlziege an. Auch hier ist ein Fortschritt zu bezeichnen, der unseren Gegnern, die entweder unsere Erfolge in der roten Woche unterschätzen oder gar veräbeln

wollen, allerdings so unangenehm wie möglich ist. Heute folgen die Resultate aus schlesischen Gemeinden vor:

Haibau, Kreis Striegau. In der dritten Abteilung wählten von 90 Wahlberechtigten nur 25. Davon erhielt Genosse v. d. V. 11 Stimmen, der Hausbesitzer Hoffmann 10 Stimmen. Mit Deutschmann liegt der erste Genosse ins Gemeindepalament ein.

Weterwitz. Bei der hier stattgefundenen Gemeindegewahl wählten in der dritten Abteilung unsere beiden Genossen auf dieselben einstellten 35 Stimmen, während die beiden Gegner nur 4-5 Stimmen erhielten.

Langenitz. Am Sonnabend fanden in Ober-Langenitz die Wahlen zur Gemeindegewahl statt. Unser bisheriger Vertreter und Kandidat Hausbesitzer Genosse Paul J. e. i. wurde in der dritten Abteilung mit 22 Stimmen wiedergewählt. Demgegenüber wählten die drei Sitze der dritten Klasse gehalten. In der zweiten Abteilung fiel die Wahl auf unseren Kandidaten Hausbesitzer Robert V. r. e. l. B. wurde mit 14 Stimmen gewählt. Von einer Wahlteilnahme auf bürgerlicher Seite konnte gesprochen werden. Wir besitzen nunmehr fünf Vertreter in Ober-Langenitz und fünf Vertreter in Mittel-Langenitz.

Leßwitz. Bei der am Sonnabend stattgefundenen Gemeindegewahl der dritten Abteilung wurde unser bisheriger Vertreter mit 95 Stimmen wiedergewählt. Der Gegenkandidat erhielt 5 Stimmen. Trotz des strömenden Regens waren die Genossen unerschrocken tätig, um die feindsigen Wähler heranzuziehen. Ihr eifriges Werk ist es zu danken, daß der Sieg, den die Bürgerlichen schon in der Tasche zu haben glaubten, für unsere Kandidaten in so glänzender Weise erzwungen wurde. Jetzt ist die ganze dritte Abteilung in sozialdemokratischem Besitz.

Niedersichtenau. In der dritten Abteilung wurden gewählt die Genossen Steinbrücker Mag. S. e. p. p. e. r. und Wirtschaftsbefehlshaber R. S. u. l. Es sitzen nunmehr drei Parteigenossen in unserer Gemeindegewahl.

Berna, Kreis Lauban. Bei der am Sonnabend Abend stattgefundenen Wahl der dritten Abteilung wurde Genosse Bruno B. a. u. l. gewählt. Die Gegner hatten es, da ihnen die Trauben zu hoch hingen, vorgezogen, durch Abwesenheit zu gäligen.

Berg bei Muskau. In der dritten Abteilung wurden abgewählt für unsere Genossen dreißig Stimmen. Die Gegner erhielten nur neun Stimmen. In der zweiten Abteilung wurden neun Stimmen für unsere Genossen und zwei für den demokratischen Kandidaten abgegeben. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in unserer Gemeindegewahl beträgt nun drei. Das Mandat der dritten Abteilung wurde neu erobert.

Riesendorf bei Zagan. Hier wurde in der dritten Klasse der Genosse Streitz als erster sozialdemokratischer Vertreter mit 30 Stimmen gewählt. Für den demokratischen Kandidaten wurden sechs Stimmen abgegeben.

Die bisher erzielten Erfolge müssen allen unseren Genossen in den Gemeinden, die noch zu wählen haben, zum Vorbild dienen. Bei nur einigermaßen regen Beteiligung ist es nicht möglich, den vorhandenen Bestbestand aus zu behaupten, sondern auch noch bedeutend zu vermindern.

Weißstein, 21. März. Zum Morde. Die Obduktion der Leiche des ermordeten Bergpraktikanten hat ergeben, daß Corrad mit einer Schnur stranguliert worden ist. Außerdem wurde festgestellt, daß der Mörder seinem Opfer mit drei Schlägen den Schädel zertrümmerte. Die Leiche wurde am Sonnabend Abend nach dem Bahnhof Altwasser gebracht, um nach Regnitz überführt zu werden. Von dem Mörder fehlt bisher noch jede Spur. Die Geleiche von der Ermordung des Mörders, die am Sonnabend und Sonntag vielfach bespart wurden, sind sämtlich falsch.

Der Ermordete besaß sich im Besitze guter Papiere und einer Geldsumme von 200 Mark, auf die es der Mörder abgesehen hat. Zufällig hat sich später auch der Mörder mit den guten Zeugnissen des Ermordeten befreit.


Wie schon mehrfach berichtet, sind die Mörder zu Werke gegangen, geht schon daraus hervor, daß in dem Zimmer, in dem Corrad getötet wurde, fast gar keine Blutspuren gefunden wurden. Erstauskunft ist es auch, daß der Mörder es über sich brachte, mehrere Wochen mit der Leiche in einem Zimmer zu schlafen. Klar ist nun, daß der Mörder das Bestreben hat, die Leiche nach und nach zu verrotten. Auch dabei ging er mit großer Raffinesse vor. Wie wir bereits berichteten, wurde der Kopf der Leiche im Walde an der „Waldschänke“ gefunden. Es ist nun festgestellt worden, daß der Mörder den Karton, in dem der Kopf verpackt war, einige Stunden in Restaurant „Zum Förstlerhaus“ in Neu-Zakum eingelassen hatte. Am Dienstag Vormittag erschien dort ein unger hochgewachsener Mann, auf dem das Signalband des Mörders zu sehen war, und gab dort ein in braunes Papier verpacktes Paket zur Aufbewahrung ab mit dem Bemerken, daß es sich gegen Mittag wieder abholen mochte. Die Wirtin stellte das Paket, das der „Gast“ unter einer Bank in der Gaststube geschoben hatte, im Nebenzimmer auf ein Klavier. Gegen Mittag erschien der Kunde wieder, und zwar mit einer Handtasche. Er öffnete das Paket auf dem Klavier und packte den Inhalt des Pakets in die Handtasche. Die Umhüllung des Pakets und den Karton ließ er zurück und bedeckte der Wirtin, daß der Karton verbrannt werden könne. Die Leiche jedoch nicht, sondern der Karton blieb auf dem Klavier bis Sonnabend früh stehen. Als die Mordtat bekannt und eine genauere Beschreibung des Mörders gegeben wurde, fiel der Wirtin auf, daß die Beschreibung auf den Fremden zutraf, der das Paket zur Aufbewahrung abgegeben hatte. Der noch vorhandene Karton wurde nun der Behörde übergeben und von Herrn Richter, dem Wirt des „Deutschen Hauses“, sofort als sein Eigentum erkannt. Es war ein Zigarettenkarton aus Weißpappe.

Dunzlau, 24. März. Feuer in Tüllendorf. Montag früh brach in der dem Longrubenbesitzer Schöppe gehörigen Scheuer Feuer aus. Das Gebäude samt seinem Inhalt wurde eingedachert.

Als alleintätiges Waschmittel ist

Minlosches Waschpulvers

Wie ein Mann hängen Millionen daran.



18976

Nur echt mit dieser Schutzmarke seit langem geschäft und berühmt

Preis: 25 Pfennig das Ein-Pfund-Paket

Zu haben in allen Drogen-, Kolonialwaren- u. Selbstgeschäften.